

Nordrhein-Westfalen

Landtag

intern 7



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 23. 4. 1991

WORT UND WIDERWORT

Muß die staatliche Mittelinstanz reformiert werden?

Ohne leistungsfähige staatliche Mittelinstanz wären in einem Land mit 17,6 Millionen Einwohnern die Ziele der Landespolitik nicht durchsetzbar. Das schließe die Notwendigkeit einer ständigen Anpassung der Aufgaben, der inneren Organisation und der Art der Aufgabenwahrnehmung an neue politische Entwicklungen nicht aus. Bei den Regierungspräsidenten sei dies ein ständiger Prozeß. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Stefan Frechen**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** meint, die SPD-Landesregierung beanspruche zu viele Einzelkompetenzen und degradiere den Regierungspräsidenten oft zu einer Befehlsweiterleistungs- und Aufklärungsbehörde. Eine Reform der staatlichen Mittelinstanz müsse dort ansetzen, wo der Regierungspräsident in seinem ihm durch Gesetz zugewiesenen unmittelbaren Kompetenzen durch die Ministerialbürokratie eingengt werde. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** ist der Ansicht, der größte Reformbedarf bestehe bei der Landesregierung. Die Anzahl der Ressorts, die seit Jahrzehnten wenig veränderte Aufgabenwahrnehmung und die immer stärkere Hochkonzentration von Entscheidungen der unteren und mittleren Ebene auf die Ministerialebene, die eigentlich nur für generelle Regelungen zuständig wäre, mache eine Reform der Landesregierung überfällig. Die GRÜNEN-Abgeordnete **Bärbel Höhn** betont, bei der Reform der Kommunalverfassung müsse auch mit dem Gestrüpp der Mittelinstanzen aufgeräumt werden. Da NRW ein großes Bundesland sei, sei eine Mittelinstanz sicherlich notwendig. Dieses Gremium sollte eine Interessenvertretung für die Kreise und Städte, ähnlich wie der Bundesrat auf Bundesebene, und demokratisch legitimiert sein. (Seite 2)

Drei Tage Plenum – Regierungserklärung zur Steinkohle

Landtag verabschiedet Haushalt

Der Landtag wird am Mittwoch, 24. April, das Haushaltsgesetz 1991, Finanzplanung und Finanzbericht sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet.

Bei der Plenarsitzung am Mittwoch stehen ferner die Tagesordnungspunkte Konsequenzen aus dem Mord an Detlev Karsten Rohwedder, Personalkostenzuschüsse für Brandenburg, Verkauf der WestLB-Anteile und Getränkesteuer an.

Am Donnerstag, 25. April, beginnt das Plenum mit einer Regierungserklärung zum Optimierungskonzept Steinkohle. Menschenrechte für Kurden, Hilfe für Kurden und Schiiten, Armutswanderungen, Flüchtlingspolitik und Friedenserziehung sind die folgenden Themen. Ferner bestimmen die Polizeiausbildung, nachwachsende Rohstoffe, Maßnahmen gegen den Mangel an Lehrkräften, Beamtenbeurlaubung, die Richtlinien über die Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Gesetz zur Änderung der Verfassung die Tagesordnung.

Am Freitag, 26. April, beschäftigt sich der Landtag mit der Unvereinbarkeit von Ministerinnen- und Ministerämtern mit wirt-

schaftlichen Führungsfunktionen. Unter anderem sollen danach die West-Ost-Verkehrsinfrastruktur sowie die Berücksichtigung der NRW-Verkehrsbedürfnisse im ersten gemeinsamen Verkehrswegeplan behandelt werden.

Die Woche im Landtag

Sondersitzung

Beim Schutz von Treuhändchef Rohwedder hat es nach Meinung von SPD, F.D.P. und Grünen keine Versäumnisse der nordrhein-westfälischen Polizei gegeben. (Seite 3)

Haushaltsberatungen

Der Landtag hat die Haushaltsberatungen in zweiter Lesung mit der Debatte über mehrere Einzelpläne des Etats 1991 abgeschlossen. (Seite 4)

Versöhnung

Der Besuch des Präsidenten der Föderalversammlung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, Alexander Dubcek, im Landtag ist als ein Zeichen der Versöhnung verstanden worden. (Seite 5)

Lokalradios

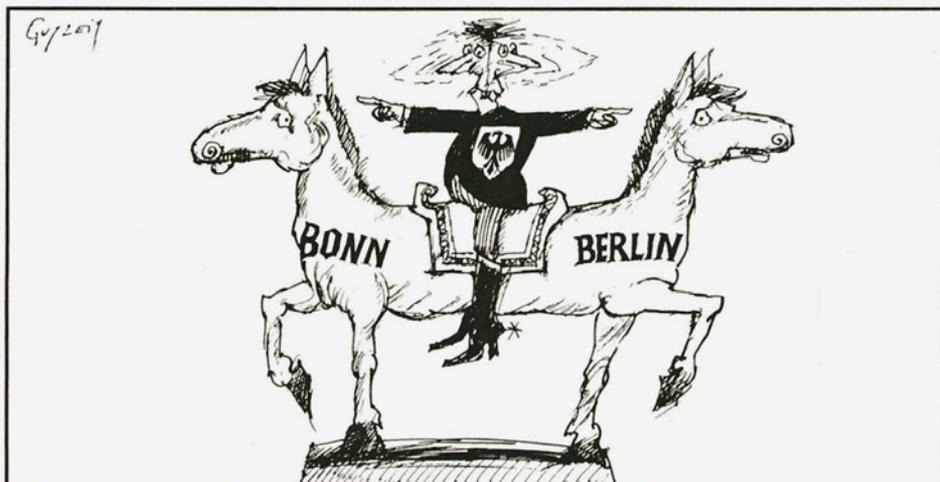
Mit dem 3. Rundfunkänderungsgesetz will die Landesregierung erreichen, daß Lokalradios weiter planmäßig auf Sendung gehen können. (Seiten 11 und 14)

Versorgungsfälle

Rund fünf Millionen Mark Schaden soll bei der Bearbeitung von Versorgungsfällen nach Paragraph 55 des Beamtenversorgungsgesetzes beim LBV entstanden sein. (Seite 16)

Hochsauerland

Nicht nur Fremdenverkehr, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, sondern auch Forschungsinstitute sorgen für Arbeit im Hochsauerland. (Seite 17)



Deutsche Gen-Technik

Zeichnung: Bernd Gutzeit (Westfälische Rundschau)

WORT UND WIDERWORT

Regierungspräsidenten müssen Aufgaben optimal erfüllen

Von
Stefan Frechen

Einem Landtagsabgeordneten, der zugleich ein kommunales Mandat innehat, wird aus kommunaler Sicht die Macht der Regierungspräsidenten hin und wieder mißfallen. Andererseits muß er aus landespolitischer Sicht anerkennen, daß eine staatliche Behörde der Mittelinstanz, die die Aufgaben der allgemeinen Landesverwaltung bündelt, unverzichtbarer Bestandteil des staatlichen Verwaltungsaufbaues ist und eine starke kommunale Selbstverwaltung in der Fläche des Landes überhaupt erst ermöglicht. Ohne leistungsfähige staatliche Mittelinstanz wären in einem Land mit 17,6 Millionen Einwohnern die Ziele der Landespolitik nicht umzusetzen.

Das schließt die Notwendigkeit einer ständigen Anpassung der Aufgaben, der inneren Organisation und der Art der Aufga-

SPD: Ein großes Land wie NRW braucht Mittelinstanz

benwahrnehmung an neue politische Entwicklungen nicht aus. Bei den Regierungspräsidenten ist dies ein ständiger Prozeß. Zwar ist der allgemeine Verwaltungsauftrag dieser Behörden seit 1816 der gleiche geblieben, die Aufgabenschwerpunkte und Formen der Aufgabenwahrnehmung wurden jedoch immer wieder den eingetretenen Veränderungen in gleicher Weise angepaßt, vor allem im Rahmen der in den Jahren 1976/1985 durchgeführten Funktionalreform und der neuen landespolitischen Herausforderungen der 90er Jahre. Die zur Zeit laufenden Organisationsuntersuchungen zur aufgabenkritischen Überprüfung der Regierungspräsidenten und zu möglichen Veränderungen im Bereich der Schulverwaltung werden Aufschluß darüber geben, was getan werden muß, damit die Regierungspräsidenten auch in Zukunft ihren Verwaltungsauftrag optimal erfüllen können – zum Wohl der Bürger unseres Landes.

Von
Heinz Paus

Staatliche Mittelinstanz ist der Regierungspräsident. Nach dem Willen des Gesetzgebers erstreckt sich seine Zuständigkeit auf die Kommunalaufsicht, den Feuerschutz, die zivile Verteidigung, den Katastrophenschutz, die Polizei. Ihm obliegt weiterhin die Sparkassenaufsicht, die Beamtenaufsicht, er ist verantwortlich für Schulen, Landschaft, Naturschutz, Abfallwirtschaft, Gewerbeaufsicht, das Krankenhauswesen und vieles mehr.

Trotz dieser umfassenden Aufgabenzuweisungen sieht der Alltag anders aus: Die SPD-Landesregierung beansprucht zu viele Einzelkompetenzen und degradiert den Regierungspräsidenten oft zu einer Befehlsweiterleitungs- und Aufklärungsbehörde. Es wird bei der Mittelinstanz weniger re-

CDU: Größere Nähe zur Region

giert als vielmehr verwaltet. Die Person des Regierungspräsidenten droht zum „Frühstücksdirektor“ degradiert zu werden. Eine Reform der staatlichen Mittelinstanz muß dort ansetzen, wo der Regierungspräsident in seinen ihm durch Gesetz zugewiesenen unmittelbaren Kompetenzen durch die Ministerialbürokratie eingengt, beschränkt wird. Eine Reform darf aber nicht die Abschaffung der Regierungspräsidenten bedeuten. Die Regierungspräsidenten in NRW sind regionalbezogene Behörden. Sie besitzen die zur Region räumliche Nähe und entfalten ein besseres Problembewußtsein für die Sorgen und Nöte der betroffenen Bürger. Diese Aufgabe könnte bei Wegfall der Mittelinstanz ein Ministerium in Düsseldorf nicht leisten. Hinzu käme ein völlig unnötiges Aufblähen der Ministerialinstanz. Ein Flächenstaat von der Größe Nordrhein-Westfalens kann auf eine funktionierende Mittelinstanz nicht verzichten.

Von
Dr. Achim Rohde

Als staatliche Mittelinstanz werden in Nordrhein-Westfalen in der Regel die fünf Regierungspräsidenten in den Regierungsbezirken Detmold, Münster, Arnsberg, Düsseldorf und Köln verstanden, die in ihrer Region die Landesregierung vertreten.

In diesem Jahr feiern die Regierungspräsidenten ihr 175jähriges Bestehen. Waren sie weiland 1816 noch die Vertreter des preußischen Königs in den fernen Provinzen, so sind sie heute Vertreter der demokratisch gewählten Landesregierung.

Gerade als ehemaliger Regierungspräsident weiß ich, wie wichtig eine staatliche Behörde ist, die die unterschiedlichsten staatlichen Bereiche bündelt, um zu abgestimmten Entscheidungen zu kommen. Anders als die Landesregierung, die in mittlerweile zwölf verschiedene Ressorts eingeteilt ist, bündelt der Regierungspräsident fast alle landespezifischen Aufgaben von der Polizei über den Lehrereinsatz bis hin zum Umweltschutz. Er ist als Institution des Gesamt- und Querschnittsmanagements sicher eine sehr moderne Operationseinheit.

Gerade die Regierungspräsidenten haben in vielen Bereichen zu einer effektiven staatlichen Verwaltung geführt. Deswegen halte ich nicht das System für re-

F.D.P.: Größter Reformbedarf bei Landesregierung

formbedürftig, allerdings müssen mit einer ständigen Aufgabenkritik die Aufgabenschwerpunkte jeweils neu überdacht werden. Sie sind heute anders als vor 175 Jahren. Das ist aber durchaus verständlich.

Als staatliche Mittelinstanz werden aber auch die Landschaftsverbände gesehen, obwohl sie eine Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung sind. Da die Landschaftsverbände vornehmlich soziale Aufgaben wahrnehmen, die die Gemeinden, Städte und Kreise durchzuführen hätten, ist der Fortbestand der Landschaftsverbände eine Frage nach der Optimierung der Organisationsform. Soweit die Landschaftsverbände staatliche Aufgaben wahrnehmen, wie Straßenbau und -unterhaltung, sind sicherlich auch andere Organisationsformen denkbar.

Ob in Zukunft eine Zusammenfassung aller „Mittelinstanzen“ einschließlich der „Parlamentarischen Vertretungen“, also der Bezirksplanungsräte und der Landschaftsversammlungen, geboten sein wird, mit neuen Vorstellungen für direkte und unmittelbare „Wahlen“ aller Betroffenen, wird die Zukunft zeigen.

Der größte Reformbedarf besteht meiner Ansicht nach bei der Landesregierung. Die Anzahl der Ressorts, die seit Jahrzehnten wenig veränderte Aufgabenwahrnehmung und die immer stärkere Hochkonzonung von Entscheidungen der unteren und mittleren Ebene auf die Ministerialebene, die eigentlich nur für generelle Regelungen zuständig wäre, machen eine Reform der Landesregierung überfällig.

Von
Bärbel Höhn

Die BürgerInnen stehen heute einer Vielzahl öffentlicher Stellen und Verwaltungen gegenüber, daß nur noch Fachleute in der Lage sind, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu erkennen. Es ist diese Unübersichtlichkeit, die das verbreitete Gefühl verstärkt, auf die politischen Belange keinen Einfluß nehmen zu können. Wer einmal versucht hat, als BürgerIn etwas durchzusetzen, der weiß, wie schnell im Dschungel der Ämter der Elan verlorengeht.

Die Reform der Kommunalverfassung muß deshalb den Fehler der Gebietsreform vermeiden, nur aus der Sicht einer reibungslosen, weil bürgerfernen Verwaltung zu handeln. Die kommunale Selbstverwaltung lebt vom Einsatz der EinwohnerInnen. Ihre Einflußmöglichkeiten müssen gestärkt werden. Ein Gesetzentwurf meiner Fraktion zur Einführung des kommunalen BürgerInnenentscheids wurde dazu bereits im Landtag eingebracht.

GRÜNE: Mit Gestrüpp der Mittelinstanzen aufräumen

Bei der Reform der Kommunalverfassung muß aber auch mit dem Gestrüpp der Mittelinstanzen aufgeräumt werden. Die beiden Landschaftsverbände und die fünf Regierungsbezirke (im Ruhrgebiet zusätzlich der KVR) sind regional nicht aufeinander abgestimmt und erschweren demokratische Transparenz. Daneben gibt es IHK- und Arbeitsamtsbezirke und Gebiete für EG-Programme und sonstige Wirtschaftsförderungsprogramme.

Dies führt eher zu einem Nebeneinander als einem Miteinander. In einer Zeit, in der zunehmend Rechte auf die EG verlagert werden, müssen die Kommunen und Regionen wirkungsvoll gestärkt werden.

Da NRW ein großes Bundesland ist, ist eine Mittelinstanz sicherlich notwendig. Dieses Gremium sollte eine Interessenvertretung für die Kreise und Städte, ähnlich wie der Bundesrat auf Bundesebene, und demokratisch legitimiert sein. Den Regierungspräsidenten, die aus der preußischen Tradition stammen, und den Bezirksplanungsräten, in denen ebenfalls wichtige Entscheidungen fallen, fehlt diese demokratische Legitimation.

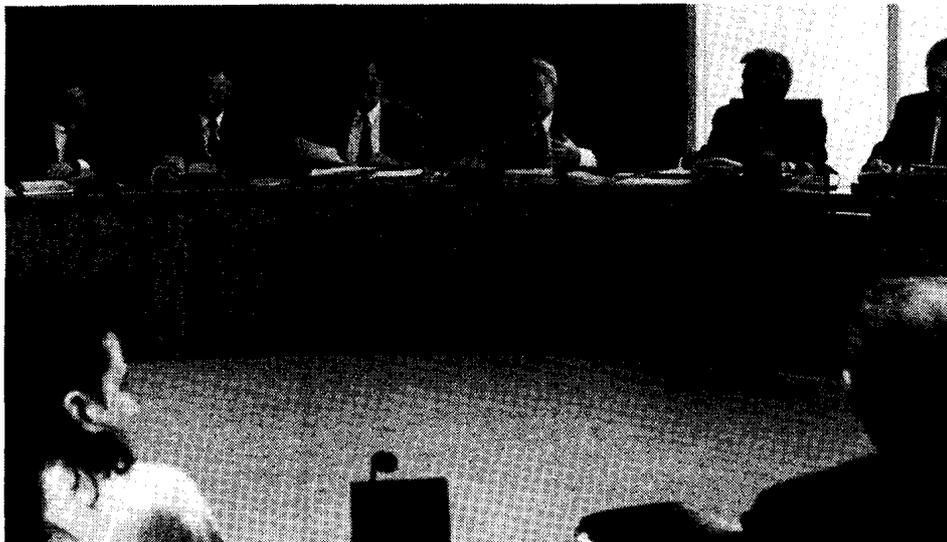
CDU-Fraktion beantragt Sondersitzung zum Thema „Attentat auf Rohwedder“

Fraktionen weisen mit Mehrheit Vorwurf mangelnden Schutzes zurück

Keinen Anlaß zur Kritik an den polizeilichen Maßnahmen zum Schutz des am 1. April in seinem Düsseldorfer Privathaus ermordeten Treuhandchefs Dr. Detlev Karsten Rohwedder haben SPD, F.D.P. und Grüne im Ausschuß für Innere Verwaltung gesehen. Nach einer zum Teil turbulent verlaufenen und auf Antrag der CDU-Fraktion anberaumten Sondersitzung des Ausschusses am 15. April unter Leitung von Egbert Reinhard (SPD), kamen die drei Fraktionen in einer EntschlieÙung zu dem Urteil, daß die „Gefährdungseinschätzung im Fall des von RAF-Tätern ermordeten Dr. Detlev Karsten Rohwedder nach den bestehenden Sicherheitskonzepten für angemessen“ anzusehen sei. Gleichzeitig hielten SPD, F.D.P. und Grüne in der EntschlieÙung „bestimmten politischen Kräften“ vor, sie sollten aufhören, „andere in einer Weise für die Ergebnisse von Mordanschlägen verantwortlich zu machen, die den eigentlichen Täter vergessen läßt“.

In einem Katalog von rund zwei Dutzend Fragen, mit denen sie ihre Forderung nach Einberufung einer Sondersitzung „so bald als möglich“ untermauerte, hatte die CDU deutlich gemacht, daß sie die Erklärungen

stufte. Diese Einstufung bedinge aber keinen Automatismus in den Schutzmaßnahmen, betonte der Minister; die Polizei entscheide vielmehr, auch wenn das im nachhinein sich als schwierig nachvollziehbar herausstellen



Egbert Reinhard (3. v. r.) leitete die Sitzung des Innenausschusses, an der neben Minister Schnoor (3. v. l.) auch dessen Staatssekretär Wolfgang Riotte (2. v. l.) teilnahmen. Foto: Schüler

von amtlicher Seite und die Presseveröffentlichungen nach dem Attentat für nicht ausreichend hält, sondern weiteren Sachaufklärungsbedarf für erforderlich ansah. Diesem Begehren kamen in der Sondersitzung Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) und Staatssekretär Wolfgang Riotte nach. In seinem einleitenden generellen Überblick zur Tat teilte der Minister mit, daß Rohwedder seit 1989 von der nordrhein-westfälischen Polizei geschützt worden sei. Nachdem der Name Rohwedders in gefundenen Schriften der Terroristen auftauchte, sei er vom dafür zuständigen Polizeipräsidenten Düsseldorf in die Gefährdungsstufe III eingestuft worden. Als Rohwedder dann den Vorsitz des Treuhandverwaltungsrats in Berlin übernommen habe, sei er in Stufe II („Die Person ist gefährdet, ein Anschlag ist nicht auszuschließen“) höhergestellt worden. Er, Schnoor, halte diese Einstufung für sachgemäß. In Nordrhein-Westfalen seien zwölf Personen, darunter der amerikanische Botschafter in Bonn, in Sicherheitsstufe I („Die Person ist erheblich gefährdet, von einem Anschlag ist auszugehen“), 200 in Stufe II (darunter auch Schnoor selber) sowie an die 1 000 Personen in Sicherheitsstufe III einge-

könne, der Lage angepaßt. Diese Abwägungen seien erforderlich, denn ohne sie erliege man leicht der Gefahr, alle auf der gleichen Ebene einzustufen und damit dem Sicherheitsauftrag nicht mehr gerecht werden zu können und ins „Chaos“ abzugleiten. Staatssekretär Riotte gab anschließend einen chronologischen Überblick über die Schutzmaßnahmen vor und die Fahndung nach dem Anschlag. Dabei stellte er heraus, daß der Polizeipräsident Düsseldorf im Fall des Privathauses Rohwedder empfohlen habe, alle Fenster, sowohl im Erd- wie im Obergeschoß, sowie die Haustür mit beschußhemmendem Glas auszustatten. Zudem sei eine Alarmanlage mit direkter Leitung zur Polizei installiert worden. Das Privathaus sei von der Polizei innerhalb von 24 Stunden neunmal „bestreift“ worden. Außerdem habe die Polizei Maßnahmen nach dem Konzept 106 ergriffen, bei dem unabhängig von der Gefährdungseinstufung Aufklärung und verdeckte Fahndung betrieben werde, über das man aber, um es nicht wie andere polizeiliche Maßnahmen durch Veröffentlichung zu „verbrennen“, nichts Näheres mitteilen könne. Insgesamt 200 polizeiliche Maßnahmen habe es in den

zwei Monaten vor dem Anschlag gegeben. Mit Konzept und Umfang der Sicherungsarbeiten sei der Sicherheitsdienst der Firma Hoesch betraut gewesen. In einem Gespräch mit diesem habe der Düsseldorfer Polizeipräsident in Erfahrung gebracht, daß auf Wunsch der Familie Rohwedder das beschußhemmende Glas nur im Erd-, nicht aber im Obergeschoß eingesetzt worden sei. Von Polizeibeamten, die für den Personenschutz Rohwedders zuständig waren und den Manager des öfteren auf der Fahrt vom Flughafen in seine Düsseldorfer Wohnung und zurück begleiteten, wisse man, daß die Polizisten mit Rohwedder persönlich über die Schutzmaßnahmen sprachen und auch monierten, wenn abends in Rohwedders Haus die Lampen brannten, die Vorhänge nicht zugezogen und die Haustür nicht zugemacht war. Man habe Besserung versprochen, berichtete Riotte lapidar.

In Turbulenzen geriet die Sondersitzung des Ausschusses vorübergehend, als die SPD während der Sitzung den Textentwurf für eine EntschlieÙung des Ausschusses verteilen ließ, was den scharfen Protest der CDU-Mitglieder hervorrief, die in dem Papier einen „Persilschein“ (Heinz Paus) für den Minister sah und kritisierte, hier solle mit dem Fragerecht des Parlaments „kurzer Prozeß gemacht werden“. Die Erregung stieg, als Schnoor der CDU vorwarf, er wundere sich, „wie hier krampfhaft unter der Polizei nach Ersatzmördern gesucht wird“. Die CDU beantragte Sitzungsunterbrechung.

SPD-Sprecher Stefan Frechen hielt der CDU vor, sie habe mit ihren Presseerklärungen eine „Vorverurteilung“ des Ministers und der Polizei vorgenommen; sie verunsichere die Polizei, wenn sie sie zum „Spielball politischer Interessen“ mache. In der Sache habe die Sitzung für die Absichten der CDU überhaupt nichts ergeben.

Für die F.D.P. kündigte deren Sprecherin Dagmar Larisika-Ulmke an, ihre Fraktion werde eine Sonderkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen für Führungskräfte in Politik und Wirtschaft beantragen. Den Vorsitz könnte Hans-Jürgen Wischnewski, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter, übernehmen. Im übrigen sollte man den Blick nicht zu sehr nach rückwärts, sondern nach vorn lenken und überlegen, wie solche Attentate künftig besser zu verhindern seien.

Reinhard Appel (DIE GRÜNEN) stellte Versagen auf breiter Ebene fest, wenn Einzelne immer noch wähten, mit Morden Politik machen zu können. Es gelte, über die gesellschaftlichen Gründe des Terrorismus nachzudenken und den gesellschaftlichen Dialog wiederaufzunehmen, den führende Persönlichkeiten 1987 angeregt hätten.

Für die CDU erklärte ihr Sprecher Paus abschließend, für seine Fraktion sei die Frage noch nicht hinreichend erklärt, warum die Polizei es unterlassen habe, Rohwedder nach dem Brandanschlag auf das Berliner Treuhandbüro, nach den Vorfällen um die Treuhand und die Montagsdemonstrationen in die Sicherheitsstufe I hochzustufen. Es sei auch immer noch nicht befriedigend geklärt, ob im Vorfeld wirklich alles nur mögliche getan worden sei. Die CDU stimme darum der EntschlieÙung nicht zu und behalte sich weitere parlamentarische Schritte vor.

Nur ein CDU-Änderungsantrag fand Zustimmung – Zweimal wurde Sitzung unterbrochen

Einzelpläne des Haushalts 1991 abschließend beraten

Der Landtag hat am Donnerstag, 21. März, die Haushaltsberatungen in zweiter Lesung mit den Beratungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 des Einzelplans 14 des Ministeriums für Bauen und Wohnen, des Einzelplans 10 des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, des Einzelplans 08 des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, des Einzelplans 15 des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr, des Einzelplans 11 des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann, der Stellenpläne sowie des Einzelplans 12 des Finanzministeriums einschließlich des Einzelplans 20 „Allgemeine Finanzverwaltung“ und des Haushaltsgesetzes 1991 abgeschlossen. Grundlage der Beratungen waren der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 11/800), eine Ergänzung der Landesregierung (Drs. 11/1250) sowie die Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 11/1100 bis 11/1116). In die Beratungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes war ein Antrag der F.D.P.-Fraktion „Garantie der kommunalen Selbstverwaltung durch gerechte und berechenbare Gemeindefinanzierung“ einbezogen, der für erledigt erklärt wurde. Ein Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, ebenfalls ein Antrag der CDU-Fraktion zum Einzelplan 14. Das Haushaltsgesetz 1991 wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Oppositionsfaktionen angenommen. Ein CDU-Antrag dazu fand keine Zustimmung. Auch zwei Änderungsanträge der Grünen sowie vier der F.D.P. wurden mehrheitlich abgelehnt. Am Ende der Abstimmung erfolgte die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 1991 in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß. Insgesamt wurden von den Oppositionsfaktionen 26 Änderungsanträge zu den Einzelplänen gestellt, davon 14 mit bis zu 21 Anlagen von den Grünen, zehn von der CDU und zwei von der F.D.P. Bis auf einen CDU-Antrag wurden alle Änderungsanträge mit Mehrheit abgelehnt.

GFG 1991: Die Aufgaben der Gemeinden in NRW

Dr. Jörg Twenhöven (CDU) sagte: „Der Entwurf hat ein bisher so schön gemaltes Bild zerrissen, nämlich das Bild des verstehenden, helfenden, des freundlichen Hausvaters...“ Rau habe 1991 zum Jahr der kommunalen Demokratie erklärt, und jetzt: „Er streicht, er konfisziert, er befrachtet offen und versteckt, und er manipuliert mit systemwidrigen Kreditierungen.“ Die Gemeinden, insbesondere die „roten“, seien erschrocken. Rau erscheine jetzt knickrig und ein bißchen tricksend. Es handele sich nicht um den ersten Eingriff, etwa wegen der



Das Gemeindefinanzierungsgesetz 91 in der Debatte: v. l. Dr. Jörg Twenhöven (CDU), Jürgen Thulke (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.) und Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüller

deutschen Einheit. Außer Senkung des Verbundsatzes und Verbundkredit gebe es laufend neue Aufgaben, die von Bund und Land den Gemeinden übertragen würden, in Münster 51 neue Aufgaben in drei Jahren. Von den Kosten für diese Fremdverwaltungsaufgaben würden höchstens 30 bis 75 Prozent abgegolten. Die Finanznot des Landes sei durch Hätscheln von Lieblingskindern und aufgeblähte Bürokratie selbst gemacht. Alle Landesaufgaben würden doppelt so gut behandelt wie die kommunalen Aufgaben. Eine neue Regierung und grundsätzliche Korrekturen des GFG-Entwurfs seien nötig: feste Verteilungsstrukturen, einen ehrlichen Verbundsatz.

Jürgen Thulke (SPD) erwiderte, die Opposition schüttele im Landtag schon seit Jahren so heftig das Haupt, daß sie wie Yul Brunner aussehen müßte. Statt für Privatisierung einzutreten wie auf Bundesebene, schmückte sich die F.D.P. in finanzschwachen Gemeinden mit Anträgen gegen Sparmaßnahmen. Der Gipfel sei der Bonner Wahlbetrug und das Schaufeln von gesenkter Vermögen- und Kapitalsteuer zu den Millionen. Die SPD-Fraktion habe die ungewöhnliche Höhe der Befrachtungen im GFG-Entwurf 1991 nicht hingenommen. Wegen der 5NL habe die Verbundmasse um 321 Millionen Mark abgesenkt werden müssen, die SPD schlage dagegen Kreditierung vor. Bei Zweckzuweisungen gebe es eine Steigerung von 9,7 Prozent, NRW halte seinen zweiten Platz unter den Flächenländern.

Michael Ruppert (F.D.P.) stellte einmütige Ablehnung des GFG '91 als gemeindeunfreundliche Politik bei allen Betroffenen fest. Die Kürzungen und Befrachtungen machten vier Milliarden Mark aus. Das Land könne nicht den Gemeinden nur geben, was es übrig zu haben glaube, sondern die Gemeinden hätten Anspruch auf angemessene Finanzierung, könnten sich jedoch im Gegensatz zum Land nicht wehren. Auf der Basis des F.D.P.-Antrags mit den Zielen mehr Berechenbarkeit und Stetigkeit müsse weiter diskutiert werden. Zukunftsaufgaben mit steigenden Ausgaben, etwa die Pflege, würden von den Gemeinden getragen, sie würden aber nicht an Einnahmesteigerungen beteiligt. Bei Versprechen, etwa für mehr Kindergartenplätze, werde Wort gebrochen, die Lasten trügen die Gemein-

den. Den Verbundkredit müßten sie auch zurückzahlen. Durch Zurücknahme von Befrachtungen gebe es Spielraum bei den Schlüsselzuweisungen.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) warf der SPD kaltschnäuziges Nichteinhalten von Versprechen vor, es gebe keinen Unterschied zu Bonn dabei. Zusätzliche Aufgaben seien nur mit zusätzlichen Mitteln zu erfüllen. In NRW würden den Kommunen jedoch angestammte Mittel entzogen. Deckungsvorschläge der SPD seien unseriös, nämlich sich das Geld bei Kommunen und Eltern zu holen. Die Kommunalvertreter im Landtag sollten das GFG ablehnen, sonst habe ihr Doppelmandat keinen Sinn. Die Aufgabenfülle der Kommunen sei in keinem Land so groß wie in NRW. Auszubaden hätten die Engpässe die kommunalen Bediensteten. Sozialarbeiter müßten vor Ort falsch beraten, um den Etat zu retten.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hielt dagegen, die Gemeinden bekämen 1991 eine Milliarde Mark mehr als 1990. Zum überörtlichen Finanzausgleich sei das Land „im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit“ verpflichtet. Kürzungen im Verbundsatz hätten schon früher vorgenommen werden sollen. Befrachtungen seien ihm lieber, weil nicht von Dauer. Ohne diese wachse der Steuerverbund um 9,5 Prozent. Bei den Einnahmen liege NRW vor anderen Ländern, als Nachfolgeland von Preußen habe aber der Bund die Unternehmen übernommen, nicht NRW beteiligt. Mit einem Zuwachs bei der Investitionspause von 10,3 Prozent auf fast eine Milliarde Mark liege NRW hervorragend. Einsparungen brächten nur bei den großen Blöcken Schule, Polizei, Justiz etwas, da wolle jedoch auch die Opposition immer mehr.

Günter Langen (CDU) hielt es für peinlich für die Regierung, daß die sozialdemokratische Kommunalpolitiker-Gemeinschaft Anklage erhebe. Der geänderte Hauptansatz zugunsten der Großstädte sei unberechtigt. Die Diskussion über die Ausgleichsstockgemeinden habe gezeigt, daß die CDU Anwalt des ländlichen Raums sei. Durch hohe Belastung der Bürger gelinge ein Ausgleich, aber nach dem GFG '91 könne eine Flächengemeinde schnell wieder in den Stock abrutschen. Die Fläche sei bei der Investitions-

pauschale völlig unzureichend mit einem Sechstel und bei den Schlüsselzuweisungen überhaupt nicht berücksichtigt. Selbstverwaltung im ländlichem Raum sei kaum mehr möglich.

Reinhard Wilmbusse (SPD) betonte, die Gemeinden bekämen 1991 875 Millionen Mark mehr als 1990 an allgemeinen Zuwendungen. Der CDU-Antrag würde 80 Millionen Mark weniger ausmachen. Er zeige keinen besseren Weg. Deshalb sei dem GFG zuzustimmen.

Michael Ruppert (F.D.P.) verglich die Finanzen der NRW-Gemeinden seit 1980 mit denen der Flächenländer: Erstere seien 1989 wieder auf dem Stand von 1980, während letztere um 32 Prozent gestiegen seien. Die Untersuchung der Ausgleichsstockgemeinden gelte auch für die Landesfinanzen: Das Land gebe zuviel aus und habe zu hohe Schulden. Nur wenn kommunale Aufgaben vom Land übernommen würden, kämen die Gemeinden mit weniger Geld aus. Eine Zurücknahme der GFG-Änderungen sei die saubere und berechenbare Lösung.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) wies auf die Einsparungsvorschläge seiner Fraktion hin. Bei Straßenbau, Luftverkehr, Unternehmenssubventionen seien Ausgabenkürzungen sinnvoll. Die Verursacher für die Explosion der Sozialhilfekosten seien in Bonn zu suchen, nicht beim Land und schon gar nicht bei den Kommunen. Denen stehe das Wasser bis zum Hals, was zu illegalen Leistungskürzungen und Finanztricks verleite. Mit Ratenverrechnungen werde Kostendämpfung betrieben, Pflegegelder würden auf Sozialhilfe angerechnet. Von den Gerichten müßten solche Praktiken wieder weggeurteilt werden.

Reinhard Wilmbusse (SPD) machte darauf aufmerksam, daß es bei der von den Grünen beantragten namentlichen Abstimmung um Mittel für Übergangwohnheime und Kindergärten gehe. Die Ablehnung sei nicht nur im Interesse der Gemeinden.

In namentlicher Abstimmung wurde der Grünen-Antrag mit 117 gegen 109 Stimmen abgelehnt, das Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 in zweiter Lesung angenommen.

Stellenpläne: Personalumfang und seine Notwendigkeit

Bei der Beratung gab es einen Disput über die Abwesenheit des Finanzministers, der nach Angaben von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) aber davon ausgegangen war, daß der Einzelplan 14 zunächst beraten werden sollte.

Peter Bensmann (CDU), Vorsitzender des Unterausschusses „Personal“, berichtete, es gehe hier um insgesamt 40 Prozent des Haushaltsvolumens von insgesamt 71,3 Milliarden Mark. Das bedeute für etwa 340000 Landesbedienstete einen Personalkostenaufwand von 27,4 Milliarden Mark. Das sei eine riesige Zahl. Um sie vielleicht verständlicher zu machen: Es sei pro Tag eine Lohnsumme von 75 Millionen Mark „oder wäh-

Fortsetzung Seite 6



Zusammenkunft von historischer Dimension: v. l. Alexander Dubcek, Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und Vizepräsident Ulrich Schmidt. Rechts ein Dolmetscher.

Foto: Schüler

Landtagspräsidentin: Stärkung Europas gemeinsames Ziel

Alexander Dubceks Besuch als Zeichen der Versöhnung

Alexander Dubcek, Präsident der Föderalversammlung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, weilte am Dienstag, 16. April, mit einer mehr als zwanzigköpfigen Delegation, unter ihnen der Vizeaußenminister und der Botschafter der CSFR in der Bundesrepublik Deutschland zu Gesprächen mit dem Präsidium des Landtags Nordrhein-Westfalen und den Vertretern führender Wirtschaftsunternehmen des Landes im Landtag. Im Rahmen dieses Besuchstermins traf er auch zu einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau (SPD), in der Staatskanzlei zusammen.

Das Gespräch mit den Vertretern der Wirtschaft wurde vom 1. Vizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose geleitet, der den Präsidenten Alexander Dubcek als den Wegbereiter der Befreiungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa bezeichnete. Klose dankte ihm ausdrücklich für den Beitrag, den er damit auch zur Vereinigung der Deutschen geleistet habe. Sein Besuch werde hier als Zeichen der Versöhnung verstanden. Dubcek, der am Dienstagmorgen von der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, auf dem Flughafen in Düsseldorf begrüßt worden war, trug sich am Mittag in das Gästebuch ein. In ihrer Ansprache betonte die Präsidentin unter Bezugnahme auf die historische Rede des Präsidenten Dubcek in Bologna, auch sie empfinde eine Abneigung gegen eine „Theorie der Schicksalhaftigkeit“ und sei der Überzeugung, daß es für Staatsformen immer verschiedene Möglichkeiten geben müsse, die alle vom Willen der in einem Staat lebenden Menschen abhängig seien. Das gemeinsame Ziel könne nur sein, „Europa“ den Rücken zu stärken und Grenzen nicht zu Mauern zu machen. Prag liege in der Mitte Europas, und unser aller Streben sollte es sein, Prag wieder zu einem Treffpunkt europäischer Völker zu machen. Wörtlich führte die Präsidentin aus: „Lassen Sie mich hiermit nochmals auf das Ziel Ihres heutigen Besuches in Nordrhein-Westfalen zurückkommen: Vertiefung und Anknüpfung von wirtschaftlichen Kontakten zwischen Nordrhein-Westfalen und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik.“ Die

zum Teil zweistelligen Zuwachsraten bei der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen in den letzten Monaten stimmten hier optimistisch.

Präsident Dubcek hob das besondere Interesse seines Landes an Nordrhein-Westfalen wegen seines großen wirtschaftlichen Potentials hervor. Die CSFR arbeite an weiteren Liberalisierungsmaßnahmen, um die Einführung gemeinsamer Institutionen zu ermöglichen. Dabei sei das Interesse besonders auf den Maschinenbau, die Chemie, die Energie und den Verkehr gerichtet. Besondere Probleme bereite die Umstellung der Rüstungsindustrie in der Slowakei auf die Herstellung ziviler Produkte. Hier sei ein hochqualifiziertes Potential von Arbeitnehmern vorhanden. Große Hoffnung richtete der Präsident auch auf die Wasserstraßenverbindung zwischen der Donau und Rotterdam, hier könne für Preßburg (Bratislava) ein Binnenhafenprojekt, ähnlich dem wie in Duisburg, entstehen. Im Mittelpunkt aller Bemühungen stünde die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EG. Dubcek hob hervor, daß die Umgestaltung der Wirtschaft der CSFR hin zu einem marktwirtschaftlichen System nicht problemlos vonstatten gehen könne. Er warnte vor der Euphorie, die Marktwirtschaft als Allheilmittel zu betrachten und betonte in dem Zusammenhang seine Übereinstimmung mit den führenden Kräften in der Bundesrepublik Deutschland, die die soziale Komponente der Marktwirtschaft immer in besonderer Weise hervorgehoben hätten.

Einzelpläne des Haushalts...

Fortsetzung von Seite 5

rend meiner Redezeit von etwa zehn Minuten eine halbe Million Mark“, sagte der Abgeordnete. Für eine halbe Million Mark könne man beispielsweise 425 Kindergartenplätze für ein Jahr finanzieren.

Ernst Walsken (SPD) betonte, es sei zu Recht darauf hingewiesen worden, daß der Personalbereich 40 Prozent des Landeshaushalts ausmache. „Nach dem Stand der zweiten Lesung haben wir im Landeshaushalt einen Stellenzuwachs von 2736 Stellen; da sind 1300 in den parlamentarischen Beratungen hinzugekommen, die anderen anderen waren bereits im Entwurf der Landesregierung in der Fassung der Ergänzungsvorlage enthalten. Das sind, verglichen mit den Veränderungen in den Haushaltsplänen 1989 und 1990, ganz bescheidene Zahlen“, berichtete der Abgeordnete. Er erinnerte daran, daß man einen Einnahmeverlust von 1,4 Milliarden Mark durch Reduzierung der Ausgaben in gleicher Höhe habe kompensieren müssen. Das habe den Bewegungsspielraum im Bereich des Personals erheblich eingeschränkt.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erklärte zur Abwesenheit des Finanzministers, dieser sei nicht anwesend, weil er davon ausgehe, daß der Einzelplan 14 beraten werde. Er erklärte, daß es nicht die Mißachtung des Finanzministers gegenüber dem Parlament und gegenüber der Haushaltsberatung sei, sondern daß es daran liege, daß das Parlament in eigener Souveränität den Ablauf der Tagesordnung geändert habe.

Rudolf Wickel (F.D.P.) sagte, die F.D.P. habe in der Stellenplankommission drei Schwerpunkte herausgearbeitet, die für seine Fraktion den Bereich Schule, den Bereich Polizei und den Bereich Fachhochschulen betreffen. „Wir sind uns, so glaube ich, einig, daß es an der Schule bei dem Unterrichtsausfall so nicht weitergehen kann. Der Schulminister, der ja der fleißigste

Sitzer hier ist, wird das auch bestätigen. Er sagte nur, er habe kein Geld“, meinte der Abgeordnete. Bei der Polizei spiegele die allgemeine Situation die Probleme wider. In all den Jahren habe man noch nie gehabt, daß so viele Polizeibeamte während der Ausbildung die Ausbildung hingeschmissen hätten.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) wandte sich der personellen Situation bei der Gewerbeaufsicht zu. Nach Hin- und Herschieberei seien mit diesem Haushalt gegenüber 1990 ganze 15 Stellen geschaffen worden. Für die im Jahre 1991 hinzukommenden neuen Aufgaben würden allerdings nach eigenen Aussagen mindestens 30 Stellen benötigt. Seit Jahren werde bei der Gewerbeaufsicht über erheblichen Personalmangel und damit über Vollzugsdefizit geklagt.

Reinhold Trinius (SPD) erinnerte ebenfalls daran, daß am Morgen die Tagesordnung kurzfristig geändert worden sei. Dem CDU-Abgeordneten Schauerte hielt er vor, dieser nutze jede Gelegenheit, um andere Personen, insbesondere Minister, persönlich zu verunglimpfen und ihre Motive in den Schmutz zu ziehen.

Hartmut Schauerte (CDU) meinte, es komme gar nicht auf einen Einzelplan an. Man diskutiere den Haushalt, und zu diesem Zeitpunkt sollte der Finanzminister oder sein Staatssekretär hier sein, egal wie die Tagesordnung laufe. „Wir diskutieren doch sonst über Phantome. Mit wem reden wir denn? Mit wem sollen wir denn in der zweiten Lesung ringen, wenn nicht mit der Landesregierung, die diesen Haushalt eingebracht hat“, fragte der Abgeordnete. Er schloß: „Deshalb ist unsere Empörung berechtigt.“ Zur Frage „Aufsichtsrat Thyssen“ sagte Schauerte, selbst wenn in der Vergangenheit Minister über alle Parteien hinweg für solche Aufsichtsräte benannt worden seien, halte man das in der CDU-Fraktion nach reiflicher Überlegung nicht mehr für zulässig und auch nicht für in Einklang mit den Gesetzen des Landes stehend.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) betonte, Herr Schauerte habe den Eindruck erweckt, als ob die Mitgliedschaft von Ministern in Aufsichtsräten nicht rechtmäßig sei. „Das muß vom Tisch, Herr Schauerte! Das muß vom Tisch!“ Die Landesverfassung enthalte eine Regelung und der Hauptaufschuß müsse seine Genehmigung erteilen. Wenn er dies tue, sei die Anwesenheit eines Ministers in einem Aufsichtsrat rechtmäßig.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionschef, erklärte, wenn Herr Schauerte die Wahrnehmung eines Aufsichtsratsmandats in der Montanindustrie mit dem, was Herr Späth gemacht habe, gleichgesetzt haben sollte, der habe zurücktreten müssen, weil er „mit kriminellen Praktiken“ auf Kosten der Steuerzahler und des Unternehmens in die eigene Tasche gewirtschaftet habe, „dann fordere ich Sie jetzt auf, das sofort zurückzunehmen, sonst beantragen wir Unterbrechung der Sitzung“.

Ruth Hieronymi (CDU) erinnerte an das Rechtsgutachten der Landtagsverwaltung. Sie zitierte daraus: „Folgt man der wohl herrschenden Meinung im Schrifttum, durfte die Genehmigung nicht erteilt werden.“ Denn bei der Thyssen AG Duisburg handele es sich nicht um ein Unternehmen, bei dem das Land entweder durch kapitalmäßige Beteiligung oder durch andere rechtliche oder organisatorische Gegebenheiten ein Übergewicht besitze. Damit liege wohl eine eindeutige juristische Antwort des Landtags vor, „die für uns alle gilt“.

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe berichtete, die Fraktion der SPD habe um Unterbrechung der Sitzung gebeten. Diesem Petition komme man nach.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) stellte nach Wiederbeginn der Beratungen nach über einer Stunde fest, die Entgleisung von Herrn Schauerte, die zur Unterbrechung der Sitzung geführt habe, stelle den vorläufigen Höhepunkt einer Diffamierungskampagne der CDU gegen die Praxis der Montanmitbestimmung im Lande dar. Das sei in der Sache ein Abrücken von einer jahrzehntelangen Gemeinsamkeit und kontrastiere insbesondere zu der Tatsache, daß der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf gerade vor wenigen Tagen in einem Unternehmen zum Aufsichtsratsmitglied von der Klöckner-Gruppe gewählt worden sei. Farthmann distanzierte sich dann von seiner Charakterisierung dessen, was Herrn Späth betreffe. Er nahm das Wort „kriminell“ zurück.

Heinz Hardt (CDU) bat um eine Unterbrechung von zehn Minuten.

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe riet daraufhin, dieser Unterbrechung nicht stattzugeben. In zehn Minuten könne das Protokoll noch nicht vorliegen.

Heinz Hardt (CDU) als parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion äußerte dennoch „die herzliche Bitte“, gleiches Recht einzuräumen und die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen.

Die Landtagspräsidentin gab dem nach. Die Sitzung wurde unterbrochen.



Gesichtspunkte: v. l. die SPD-Abgeordneten Manfred Hemmer und Uwe Herder.

Foto: Schüler

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte danach, der Kollege Schaurte habe bei seinen Einlassungen, weshalb die SPD geglaubt habe Sitzungsunterbrechung beantragen zu müssen, auf das Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft abgehoben, auf die Probleme, die sich durch eine zu enge Verbindung ergeben könnten, auf die Interessenkonflikte, die entstünden. „Ich glaube, daß man alles, was in dieser Debatte hier gesagt worden ist, nur im Zusammenhang der Verquickung von allen Dingen, von Regierungsamt und Aufsichtsratsmandat sehen kann“, sagte der Fraktionschef.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, sagte: „Herr Linssen, wir begrüßen das, was Sie inhaltlich gesagt haben. Wir sind auch dafür, daß diese Aufsichtsratsmandate niedergelegt werden.“ Aber die CDU komme so billig nicht davon. Sie habe all diesen Aufsichtsratsmandaten zugestimmt. Sie habe dieses Verhalten mit gedeckt.

Wolfram Dorn (F.D.P.) sagte zur Geschäftsordnung, er halte es für dringend erforderlich, „daß wir auf die Tagesordnung zurückkommen, damit wir heute die zweite Lesung des Haushalts beenden können“. Es habe keinen Sinn, Eitelkeiten oder Hahnenkämpfe auszutragen.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, vertrat die Auffassung, man tue der politischen Klasse überhaupt keinen Gefallen. Wörtlich stellte er fest: „Deshalb Herr Linssen, halte ich weder etwas von dieser Art Schauprozesse oder öffentlicher Anklage, die Sie hier zelebriert haben; noch halte ich, Herr Farthmann, etwas davon, daß Sie die Bemühungen der CDU, hier zu einer Trennung von politischem Mandat und Position in der Wirtschaft zu kommen, als Angriff auf die Montanmitbestimmung zu disqualifizieren versuchen. Das ist genausowenig gerechtfertigt“. Die Materie sei außerordentlich kompliziert. „Das ergibt dieses, wie ich finde, unsägliche Rechtsgutachten der Landtagsverwaltung.“ Wenn man zu einer Neuregelung kommen wolle, hätte er es für sinnvoller gehalten, wenn man das hier nicht öffentlich aufgezaumt hätte, sondern wenn man sich einmal im Hauptausschuß oder im Ältestenrat zusammengesetzt hätte, um zu einer Regelung zu kommen, die allen Interessen gerecht werde. Der wesentlichste Punkt sei, daß man nicht in Befangenheitskonflikte gerate.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, merkte an, ob die Mitglieder der Landesregierung, die von der CDU genannt worden seien, in den Aufsichtsräten blieben oder nicht, entschieden die dort Beschäftigten, die Ihnen das Mandat gäben, weder die CDU noch die Grünen hätten darüber zu befinden.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) nahm abschließend noch einmal zum Tagesordnungspunkt „Stellenpläne“ Stellung. Jeder, der die Zahlen verfolge, jeder, der Vergleiche ziehe, müsse wissen, daß Nordrhein-Westfalen die niedrigste Personalquote aller Länder, daß Nordrhein-Westfalen die niedrigsten Personalausgaben im Verhältnis zu seinen Einwohnern und daß man die niedrigste Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Verhältnis zu den Einwohnern habe.



Blick ins Plenum: v.l. die CDU-Abgeordneten Franz-Josef Balke und Albert Leifert.

Foto: Schüler

Gemeinsame Verantwortung beim Bau neuer Wohnungen

In namentlicher Abstimmung hat der Landtag bei der Debatte über den Haushalt für Bauen und Wohnen einen CDU-Änderungsantrag abgelehnt, der eine Erhöhung der Landeszuschüsse für die WFA vorsah, um 17 800 Wohnungen zusätzlich fördern zu können. Ein Änderungsantrag der Grünen fand ebenfalls keine Mehrheit.

Siegfried Zelnig (CDU) bezeichnete den Antrag seiner Fraktion als letzte Gelegenheit, eine Linderung der Wohnungsnot in den nächsten fünf Jahren herbeizuführen. Damit die Abgeordneten klipp und klar ja oder nein sagen können, wolle man namentliche Abstimmung. Angesichts der zugespitzten Lage im Lande unterlasse die SPD eine besondere Kraftanstrengung über das Normale hinaus, es bleibe alles beim alten, und die Schuld werde wieder einmal mehr Bonn zugeschoben.

Volkmar Schulz (SPD) kündigte an, die SPD werde alles daran setzen, um das vom Ministerpräsidenten angekündigte Programm von jährlich bis zu 27 000 Wohnungen bis 1994 zu realisieren. Es höre sich zwar toll an, wenn die CDU 250 000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren fordere, aber sie verschweige dabei den Mietpreis: zwölf bis 15 Mark pro Quadratmeter. Das gehe aber an der sozialen Realität im Lande vorbei. Der Antrag der Grünen, den Sperrvermerk über 750 Millionen aufzuheben, würde NRW „fiskalisch strangulieren“.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) forderte die Landesregierung auf, das mehrjährige Wohnungsbauprogramm endlich einmal durchzuhalten. Mit Freude sei festzuhalten, daß zwei alte F.D.P.-Forderungen, die Neugestaltung der Bürgschaftsrichtlinien und die Familienförderung über 40 Prozent der Einkommensgrenze, erfüllt worden seien. Positiv zu werten sei auch das neue System der Bewilligungsmieten. Im übrigen liege NRW

aber immer noch am Ende der Skala des jährlichen Neubaus von Wohnungen.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) nannte Beispiele für die akute Wohnungsnot im Lande und forderte neben dem verstärkten Zubau von Wohnungen „mit mindestens dem gleichen Stellenwert“ eine engagierte Bestandspolitik. Aber da sehe sie kein verstärktes Engagement, trotz der Ankündigung des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung. Da Bonn sich weiter zurückziehen werde, müßte das Land seinen Einsatz aufstocken.

Ministerin Ilse Brusis (SPD) stellte klar, das Wohnungsbauprogramm 1990 sei zu 99,9 Prozent erfüllt worden. Die nicht abgerufenen Modernisierungsmittel seien kein Unglück, denn die habe man in den Neubau gesteckt. Der SPD komme es im Unterschied zur Opposition darauf an, „für Bezieher kleinerer Einkommen bezahlbare Wohnungen auf Dauer zur Verfügung zu stellen“. Nach ihrer Auffassung stehe Wohnungsbauförderung noch immer in der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Da Bonn die Bedingungen festlege, werde das Land den Bund immer wieder an seine Verantwortung erinnern. Das Land habe schon genug Vorleistungen erbracht. Auch wenn Bonn NRW im Stich lasse, würden in den nächsten beiden Jahren jährlich 27 000 Wohnungen gebaut.

Umwelt und Agrarpolitik: Ökologie und Vorsorge

In zweiter Lesung hat der Landtag dem Einzelplan 10 — Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft — mehrheitlich zugestimmt. Abgelehnt wurde unter anderem der Antrag der Opposition, die vom Minister für eine Müllvermeidungskampagne verausgabten Beträge sollten erstattet werden.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) kritisierte, der Etat zeige keinerlei Schwerpunktbildung

für eine ökologische Weiterentwicklung des Landes: Der Abfallbeseitigung werde nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen, statt dessen verstärke die Landesregierung in der vorliegenden Abfallgesetznovelle ihre Tendenz, jegliche Entsorgungsverantwortung auf die Kommunen zu verlagern. Auch gebe es bei den Mitteln für Forschung und Entwicklung weitgehend das Urteil „Fehlanzeige“; dort sollten die Mittel aber mindestens verfünffacht werden. Statt dessen seien wieder Mittel für eine erneute Abfallvermeidungskampagne vorgesehen; das Geld sollte man lieber verwenden, um den „Abfallnotstand zu minimieren“.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) sah den ökologischen Strukturwandel im Lande auf gutem Wege, man könne schon jetzt den Durchbruch spüren. Die Priorität bei der Umweltpolitik der SPD liege in der Vorsorge, ohne die erforderlichen Reparaturarbeiten zu vernachlässigen. In der Umweltpolitik setze man auf ein Zusammengehen von Politik und Wirtschaft und sei dabei, das vorhandene Ordnungsrecht zu verbessern. Die CDU stelle dagegen überzogene und allgemeine Forderungskataloge, die die SPD ablehnen werde. Es sei legitim, in der Umweltpolitik Schwerpunkte in besonders belasteten Regionen zu setzen, wie in der Escher-Lippe-Region. Vom Bund mahnte der Sprecher ein Bodenschutzgesetz an.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) erneuerte die Forderung, daß die Entscheidung über Sondermüllverbrennungsanlagen von der Regierungspräsidenten- auf die Landesebene geholt werden müsse, „damit wir endlich zu Entscheidungen kommen“. Aber im Ausschuß sei die Tendenz zu erkennen, diese Kompetenz den Kommunen und Bezirksplanungsräten zu belassen. Das aber öffne dem St.-Florians-Prinzip Tür und Tor.

Gerd Mai (DIE GRÜNEN) nannte es für die Landesregierung ein Armutszeugnis, daß bei ihr keine Aktivitäten zu erkennen seien, den versprochenen Umbau der Energiever-

sorgungsstruktur in Angriff zu nehmen. Die SPD müsse endlich von der Kohlevorrangpolitik Abschied nehmen und der Energieeinsparung, der Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien Vorrang geben. Unaufschiebbar sei auch die Einführung von Umweltabgaben, die seine Partei seit Jahren verlange. Um die Luftschadstoffabgabe sei es still geworden, von einer Abgabe auf die Grundwasserentnahme ganz zu schweigen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) wies die Verquickung ihres Namens mit einer Bürgerbewegung gegen Abfallentsorgung zurück und gab diesen Vorwurf an die SPD zurück.

Eckhard Uhlenberg (CDU) stellte bei der SPD Desinteresse an der Agrarpolitik fest, dabei liege doch gerade in der Regionalisierung dieses Politikbereichs eine große Chance, die so vertan werde. In NRW werde eine leistungsfähige Agrarverwaltung abgebaut, das Landeswassergesetz erweise sich als unbrauchbar. Seine Fraktion habe bei ihren Anträgen den integrierten Landbau in den Vordergrund gestellt; wenn sie auch erst einmal abgelehnt würden, so hoffe er doch, „daß sie in der weiteren Arbeit des Ministeriums dann doch aufgegriffen werden, weil sie in der Sache sinnvoll sind“. Auch Uhlenberg verlangte stärkere Anstrengungen bei der Förderung nachwachsender Rohstoffe.

Eberhard Sohns (SPD) entgegnete darauf: „Wir werden keine neuen Subventionstatbestände schaffen.“ Es werde genügend geforscht, auch von der Industrie im Lande; man solle erst einmal die Ergebnisse abwarten. In der „Antragsflut“ der Grünen gebe es durchaus diskussionswürdige Ansätze, fand er, bemängelte dabei aber das „Gegenüber von gesicherten Ausgaben und fiktiven Einnahmen“.

Friedel Meyer (F.D.P.) riet dem Minister ein Jahr Enthaltsamkeit an, seine Forderungen in Richtung Umweltpolitik zu erweitern, die leider oft nur auf Kosten des ländlichen Raumes betrieben werde. Dies sollte aus Rücksicht auf die Lage in den neuen Bundeslän-

dern geschehen. Meyer ging auf die einzelnen Änderungsanträge ein, warb um Zustimmung für die Anträge seiner Fraktion und kündigte die Ablehnung des Gesamtstats durch die F.D.P. an.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) kündigte an, dem Minister werde der „Spagat zwischen widerstreitenden Interessen“ nicht gelingen. Hier ein paar Quadratmeter Feuchtbiotop und da intensive Landwirtschaft und Massentierhaltung — das sei keine Politik. Es stimme nur bedingt, daß Landwirtschaftspolitik nur in Bonn und Brüssel gemacht werde; hierzulande würde mit Hunderten von Erlassen und Gesetzen in die Landwirtschaft eingegriffen und damit bäuerliche Existenzen und ökologische Zusammenhänge vernichtet — das sei die Bilanz, die man ziehen müsse. Was die Massentierhaltung angehe, so wollten die Grünen, daß sie sich ökonomisch nicht mehr lohne.

Minister Klaus Matthiesen (SPD) bestätigte die Fortsetzung der Abfallkampagne, weil es immer noch viel Verwirrung über die Notwendigkeit der Sonderabfallentsorgung gebe. In Bonn müsse es endlich eine „anständige Verordnung“ zur Eindämmung des Verpackungsunwesens geben, das für 40 Prozent des Müllaufkommens Sorge. Ferner müßten zur Wiederverwertung die unterschiedlichen Kunststoffe gekennzeichnet werden. Wenn die Grünen ihre Abgabenvorstellungen realisieren könnten, dann wäre das Land „in zwei Jahren finanziell kaputt“, erklärte der Minister und bezeichnete es als Unsinn, das Konzept der Landesregierung mit seiner Verbindung von Agrarpolitik und aktiver Naturschutzpolitik würde bäuerliche Existenzen vernichten.

Gerd Mai (DIE GRÜNEN) vermißte Vorschläge des Ministers zur Einführung einer Luftschadstoffabgabe im Lande und äußerte die Erwartung, noch in dieser Legislaturperiode werde die SPD ähnliche Vorstellungen umsetzen.

Wirtschaftsförderung – Struktur- und Energiepolitik

Dem Einzelplan 08 stimmte der Landtag in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung zu, nachdem die Änderungsanträge der Grünen-Fraktion abgelehnt worden waren.

Laurenz Meyer (CDU) bezifferte das Wirtschaftswachstum 1990 in NRW mit vier Prozent, das sei der vorletzte Platz unter den alten Ländern. NRW hinke gegenüber Bayern in den letzten fünf Jahren zwei Jahre hinterher. Trotzdem spreche der Minister von Höchstform. Von der Nummer Eins sei NRW meilenweit entfernt. Wenn es mehr Mittel der Gemeinschaftsaufgabe bekomme, bedeute das relatives Abgehängtsein. Für Wirtschaftsförderung stehe nur ein Prozent des Landeshaushalts wirklich zur Verfügung. Nicht mit Bürokratie und neuen Strukturen, sondern ohne Scheuklappen müsse die Wirtschaftspolitik neu geordnet werden.

Ernst-Otto Stüber (SPD) sagte, Grundlage aller Haushaltsdebatten sei eine bis dahin erfolgreiche Politik, wie sie NRW mit einer halben Million neuer Arbeitsplätze und 9 600 Neugründungen in fünf Jahren 1990 vorzu-



Politische Standpunkte: v.l. die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers (SPD), und der F.D.P.-Abgeordnete Heinz Lanfermann. Foto: Schüler

weisen habe. Bei der Bruttowertschöpfung liege NRW auf dem zweiten Platz. Gegenseitliche Aufrechnungen brächten nichts, besser sei Verständigung über Kriterien für die Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe. Regionalkonferenzen hätten sich hervorragend bewährt, ebenso die ZIM-Idee der Verantwortung vor Ort. Warum in den 16 Regionen daran noch kein einziger CDU-Abgeordneter teilgenommen habe, sehe nach Taktik aus: um sich die Chance zu nörgelein zu erhalten. In den nächsten Jahren müßten die Mittel stark konzentriert werden.

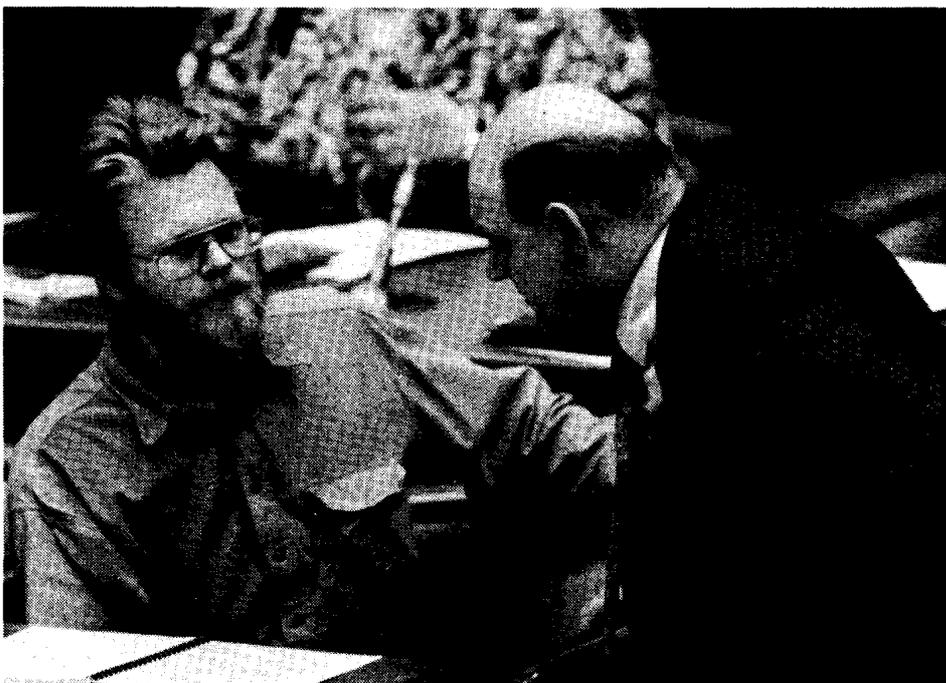
Hagen Tschoeitsch (F.D.P.) warf der SPD wechselnde Strategien vor, zuletzt seien Erfolgsmeldungen produziert worden. Die vorletzte Stelle beim Wachstum verursache kritisches Betrachten. Das Ministerium habe von Jahr zu Jahr an Kompetenz verloren, es bleibe nur noch die Subventionsverteilung übrig. Bei der Energiepolitik verhandele die Staatskanzlei. Die letzte Beiratssitzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft habe 1988 stattgefunden. Ein so dramatischer Rückgang bei den Investitionen sei in keinem anderen Ressort festzustellen. Ein Umsteuern von Sachinvestitionen zu Humankapital sei tatsächlich nicht festzustellen. Die Beratungen seien eher eine Farce. 246 Millionen Mark für gegenseitig deckungsfähige Ausgaben könnten von der Regierung nach freien Stücken aufgeteilt werden. Bei Subventionskürzungen habe es plötzlich eine große Koalition von SPD und CDU gegeben.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) knüpfte an, das Aus für den Schnellen Brüter in Kalkar sei eine späte Genugtuung für dessen Gegner. Auch die Linie von Hamm-Uentrop liege seit einiger Zeit still. Dagegen sollten zwei neue Atomkraftwerke gebaut werden, und ein Ölkraftwerk in Kalkar sei energiepolitischer Schwachsinn. Die Grünen schlugen eine Abwärmeabgabe vor, die Wärmekopplung stagniere in NRW, das sei kurzfristig umzusetzen. Außer des ökologischen Aspekts werde ein technologischer Impuls gesetzt. Bei der Energieagentur Wuppertal, einem Schritt in die richtige Richtung, handle es sich allerdings um eine reichlich teure Privatisierung. Mit den Mitteln könnten vier weitere Energieagenturen finanziert werden. Die regionale Strukturförderung zeichne sich durch hohe Mitnahmeeffekte aus. Die Stellensperre wirke sich bei der Verbraucherberatung katastrophal aus.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) bekundete Verständnis für die Kritik an der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ganzer Programmblöcke. Für mehrjährige Strukturpolitik sei das jedoch sinnvoll. Die F.D.P.-Kritik an Subventionskürzungen sei unverständlich. Direkte Unternehmenssubventionen sollten nur bei Neugründungen gewährt werden, das sei auch mit der Wirtschaft abgestimmt. Insgesamt solle die Investitionsquote des Landes nicht weiter absinken.

Schiene — Straße — Luft Der Verkehrshaushalt

Zu wenig „Bewegung“ im Verkehrshaushalt angesichts eines neuen Ressortchefs und des in NRW drohenden Verkehrsinfarkts sahen die Rednerinnen bei der Aussprache



Interfraktioneller Meinungsaustausch: v. r. die Abgeordneten Horst Radtke (SPD) und Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN).
Foto: Schüler

über den Einzelplan 15, der in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung beschlossen wurde. Änderungsanträge der CDU (Privatisierung bei Lufthansa, Flughafen Düsseldorf und WestLB) und der Grünen wurden abgelehnt.

Petra Böckelmann (CDU) sagte: „Die Zeichen im Verkehrssektor stehen auf Sturm. NRW stehe nicht nur vor einem Verkehrsinfarkt, sondern vor einem totalen Verkehrskollaps. Staus seien volkswirtschaftlich gesehen Verschwendung. Pro Jahr seien Kosten durch Staus in Höhe von zehn Milliarden Mark errechnet worden. Der Verkehrsetat sei unter Zöpel um 17 Prozent bei 25prozentigem Anstieg des Landeshaushalts zurückgegangen. Die Bedeutung der Straße werde auch von Kniola unterschätzt. Die CDU trete 1991 für Ortsumgehungen im Wert von 20 Millionen Mark ein.“

Charlotte Kann (SPD) erinnerte an die Grundsätze der SPD, Verkehr müsse sozial-, umwelt- und stadterträglich sein. Wirtschaftswachstum und Mobilität seien für NRW unverzichtbar, aber es gehe nicht nur um Mehr, sondern um „immer besser“. Die SPD trete für den Ausbau des Schienenverkehrs ein, auch für den Güterverkehr. Der ÖPNV müsse auf der Schiene konsequent ausgebaut werden, die Beschleunigung für Busse und Bahnen sei voranzutreiben. Neue Tunnelbaumaßnahmen seien kritisch zu bewerten. Das Ticket 2000 sei als Versuch zum Umstieg vom PKW auf den ÖPNV gelungen. Die Bonner Kürzungen bei Bundesbahn-Investitionen hätten für die alten Bundesländer fatale Folgen, in NRW auch für die europäische Anbindung.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) bedauerte, keine neue Haushaltsrede halten zu können, da entgegen der Ankündigungen des Ministers im Ausschuß nichts umgesetzt worden sei. Sie verweise insofern auf ihre Reden in den letzten fünf Jahren. Keine müde Mark sei ausgewiesen für Güterverkehrszentren oder Umbau von Häfen, außer Komplementärmitteln. Der ÖPNV in den Bal-

lungsgebieten werde unfinanzierbar, der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr treibe die Kommunen in den Ruin. Im Luftverkehr finde Sicherheit praktisch nicht mehr statt. Verkehrspolitik könne nicht einfach auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner betrieben werden. Zöpel habe sich nach Bonn verdrückt, Kniola solle jetzt zeigen, daß er aus anderem Stein gehauen sei, sagte die Rednerin unter Anspielung auf den früheren Beruf des Verkehrsministers.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) lobte die Vorrednerin für ihre spitze Zunge, der sie immer mit Vergnügen lausche, und nahm für sich „etwas mehr Idealismus“ in Anspruch. Der Gesamtverkehrsplan unter Zöpels Regie gefalle ihr gut, zum ersten Mal würden Umweltaspekte berücksichtigt und für machbar gehalten. Kniola habe mit Kürzungen im Straßenbauetat wohl vor allem die Sparwünsche des Finanzministers erfüllt. Sonst gebe es nichts Neues. Für kommunalen Straßenbau, für den Flughafen Münster und für den VRR gebe es zuviel Förderung im Verhältnis zu allen Forderungen. Wenn es die neuen Grenzwerte für Luftverschmutzung gebe, würden Sperrungen von Innenstädten anstehen, ohne ausgebauten ÖPNV. Die Umschichtungen der Grünen seien im Ausschuß mit Wohlwollen aufgenommen worden, aber für nicht finanzierbar erklärt worden.

Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) hielt den Vorwurf der F.D.P.-Sprecherin für unfair, da für Güterverkehrszentren ein Grundsatz-Gutachten über Standorte in Auftrag gegeben worden sei. Emmerich scheitere an der Bahn, auch die Häfen seien Bundessache. Die Staus in NRW gebe es auf den Autobahnen und hierfür bekomme das Land nicht genügend Geld vom Bund. Bei der CDU-Rednerin sei unverständlich, mehr Ausgaben für den ÖPNV im Vergleich zu anderen Ländern und weniger für Landes- und Gemeindestraßen zu kritisieren. Nur beides zusammen könne verglichen werden.

Heinrich Dreyer (CDU) merkte an, ein Prozent weniger Autoverkehr bedeute 13,2 Prozent mehr Verkehr auf der Schiene oder fünf Prozent weniger Autoverkehr eine Verdoppelung des Schienenverkehrs, das sei praktisch unmöglich. Bei Ortsumgehungen liege Verzögerung nicht an fehlenden Bundesmitteln, sondern an Versäumnissen im Planungs- und Baurecht.

Politik im Land für Frauen

Die Änderungsanträge der Grünen kamen bei der Abstimmung über den Etat 11 – Ministerium für die Gleichstellung von Mann und Frau – nicht zum Zuge. Der Haushaltsentwurf wurde in Form der Beschlußempfehlung (Drs. 11/1111) angenommen.

Regina van Dinther (CDU) urteilte: So mager wie der Umfang des Haushalts sei auch sein Inhalt. Außer der Unterstützung für Frauenhäuser und Selbsthilfegruppen falle vieles unter den Oberbegriff „Öffentlichkeitsarbeit für die Ministerin“. Das Ministerium habe sich personell um 200 Prozent verstärkt, aber von einer Kompetenzerweiterung im gleichen Maß sei keine Spur. Die CDU verzichte auf Anträge und wolle dafür ihre Schwerpunkte bei der Schaffung von Kindergartenplätzen und bei der Verbesserung der Ganztagsbetreuung im Schulbereich setzen.

Brigitte Speth (SPD) wies den Vorwurf der Dürtigkeit zurück: Frauenpolitik wirke in vielen Bereichen. Kritisch setzte sie sich mit dem einzigen F.D.P.-Antrag auseinander, das Frauenministerium abzuschaffen. Das sei „absurdes Theater, frauenpolitisch völlig irrelevant“. Da werde die SPD nicht mitmachen. Inzwischen habe sich die Frauenpolitik auch in anderen Ausschüssen verankert, was die Abgeordnete ausdrücklich

begrüßte, denn damit könne sich der Frauenausschuß neuen und anderen Gebieten zuwenden.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) kritisierte die hohen Kosten im Etat, der sieben Millionen für Personal und Verwaltung vorsehe, während „bei den eigentlichen Inhalten nichts passiert“. Darum schlage ihre Fraktion vor: „Verwenden wir diese Mittel doch originär für Frauenpolitik.“ Außer dem Rederecht und einem Wagen mit Chauffeur habe die Ministerin kaum Kompetenzen, das sei ein „Trauerspiel“, offenbar habe sich Frau Ridder-Melchers „einkaufen lassen“.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) schätzte den Stellenwert gering ein, den die Frauenpolitik bei Landesregierung und Mehrheitsfraktion einnehme. Der Etat sei der traurige Beweis dafür, daß die Ministerin nicht die Kompetenz und die Macht habe, um entsprechend ihrer Aufgabe wirken zu können. Sie verlangte von der Regierung den Nachweis, „welche Haushaltsmittel in welchem Maße bisher für Frauenpolitik genutzt wurden und wie für die entsprechenden Haushaltstitel die Planung für 1991 aussieht“. Nur dann könnten differenzierte und erfolgreiche Frauenförderungskonzepte vorgelegt werden. Zur Vernetzung mit anderen Ministerien habe ihre Fraktion die Berufung von Frauenreferentinnen in allen Ministerien vorgeschlagen, erinnerte Frau Hürten.

Karl Nagel (CDU) plädierte dafür, trotz der Abschaffungsforderung der F.D.P. dem Frauenministerium noch eine Chance zu geben. Im übrigen sei er überzeugt, daß „bei unseren Söhnen und Töchtern und Enkeln die Partnerschaft zwischen Mann und Frau ein ganzes Stück nach vorn kommen wird.“

Ministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) machte darauf aufmerksam, daß es seit 1987 in allen Ministerien des Landes Gleichstellungsbeauftragte gebe, das sollte man endlich zur Kenntnis nehmen. Im übrigen

müsse sie den Vorwurf zurückweisen, sie habe die gewünschte Transparenz der Haushaltspolitik verweigert. Über den Antrag der F.D.P. wundere sie sich nicht, den Liberalen liege nun einmal nicht die Politik der Landesregierung, soziale Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herzustellen. Der Sachhaushalt ihres Ministeriums sei sicherlich ausbaufähig. Aber sie müsse darauf hinweisen, daß Frauenpolitik überall in der Landesregierung und ihren Ministerien stattfinde.

Finanzen und eine politische Kontroverse

Der Einzelplan 12 des Finanzministeriums wurde in Verbindung mit dem Einzelplan 20 und dem Haushaltsgesetz 1991 beraten. Nach Ablehnung aller Anträge wurde über den Einzelplan 12 in Verbindung mit 20 sowie über das Haushaltsgesetz getrennt abgestimmt. Bei der Diskussion kam es zu einer Kontroverse zwischen dem Grünen-Abgeordneten Roland Appel und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann über das Parlamentarische Untersuchungsgremium, das sich mit der Prüfung des Verfassungsschutzes beschäftigt.

Leo Dautenberg (CDU), Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, erklärte, der Eindruck sei der, daß das Haushaltsgesetz von Jahr zu Jahr eben den Reparaturbedarf bestimmter haushaltsrechtlicher Vorschriften darstellen solle, und wo grundlegende Vorschriften dann immer außer Kraft gesetzt würden. Der Politiker unterstrich jedoch die Bereitschaft der CDU-Fraktion, auch weiterhin verantwortlich an der Haushaltsgestaltung mitzuwirken. „Wie wir Ihnen bereits im Rahmen dieser Haushaltsberatungen mehrfach angeboten und es auch durchgeführt haben, tragen wir auch Kompromisse mit“, sagte Dautenberg. Nur auf eines dürfe er immer wieder hinweisen: Was die CDU erwarte, wenn man gemeinsam die Finanzpolitik des Landes gestalten wolle, sei, daß „wir Informationen bekommen, die wir als Parlamentarier auch der Oppositionsfaktionen erwarten können“.

Heidi Berger (SPD) berichtete, für die Oberfinanzdirektion und die Finanzämter werde die Zahl der Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst von 3181 Stellen im Haushalt 1990 auf 3564 Stellen im Haushalt 1991, also um 383 Stellen zunehmen. Die Einstellung von Anwärtern werde laut Haushaltsplanentwurf von 896 im Jahr 1990 um 117 auf 1013 im Jahr 1991 erhöht. Die Abgeordnete erwähnte ferner, der Unterausschuß „Personal“ und der Haushalts- und Finanzausschuß hätten im Einvernehmen aller Fraktionen die Einstellungsermächtigungen für Steueranwärter noch einmal um 50 Stellen erhöht.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) sagte, in einem Antrag spreche sich die F.D.P. dafür aus, die Verpflichtungsermächtigungen zurückzuschrauben. Man stelle fest, daß im letzten Haushalt die Verpflichtungsermächtigungen bereits eine Höhe von sieben Milliarden Mark hätten. In diesem Jahr seien es über zehn Milliarden Mark. Das sei zuviel. „Mit den Verpflichtungsermächtigungen bela-



Auch Präsidentinnen und Präsidenten, sonst meist durch Position, Pflicht und Aufgaben sowie im Plenum rein optisch abgehoben, sind Abgeordnete. Manchmal suchen sie die Nähe ihrer Kolleginnen und Kollegen in den Abgeordnetenbänken zu einem Dialog. Das Bild zeigt Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (am mittleren Tisch) inmitten der SPD-Fraktion. Foto: Schüler

sten wir in unerträglichem Umfang die Haushalte und nehmen uns jeglichen Gestaltungsspielraum für die nächsten Jahre.“

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) meinte, während der Arbeitnehmer ein unmittelbares Interesse daran haben müsse, daß die Finanzverwaltung funktioniere, sei es bei den Unternehmern genau umgekehrt. Der Finanzminister habe diesem Druck nachgegeben. Das lasse sich an den Zahlen eindeutig ablesen. Während die Unterbesetzung bei den Betriebsprüfern und Steuerfahndern bei 33 Prozent liege, betrage sie bei den Festsetzungsfinanzämtern nur zwölf Prozent. Genau da stecke das Problem. „Sie gehen nämlich den Weg des geringsten Widerstandes, und dabei bleibt die Steuergerechtigkeit auf der Strecke“, betonte der Abgeordnete.

Karl Meulenbergh (CDU) unterstrich, eine Verdoppelung der Schulden in nicht einmal zehn Jahren sei ungeheuerlich. Nachdem die Hemmschwelle von 100 Milliarden Mark Schulden im Jahre 1990 deutlich durchbrochen worden sei, lasse die Zukunft nur Böses ahnen. Die SPD habe im Wahlkampf 1990 „Nordrhein-Westfalen muß wieder Nummer 1 in Deutschland werden!“ versprochen. Im Schuldenmachen habe sie das bald erreicht. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6 200 Mark liege das Land NRW an zweiter Stelle hinter dem Saarland.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) erklärte, man schlage vor, keine Wiederbesetzungssperre einzurichten. Deshalb habe man den Antrag gestellt, Paragraph 7a des Haushaltsgesetzes vom zweiten Satz ab zu streichen. Die Stellenbesetzungssperre sei ein Instrument, mit dem man zwar kurzfristig Personalmittel sparen könne; gleichzeitig werde es jedoch willkürlich wirksam, und in vielen Fällen führe es zu untragbaren Situationen. Als Beispiel nannte der Abgeordnete die Ungerechtigkeit gegenüber den Absolventen eines Ausbildungsjahrganges. Er kritisierte ferner, daß eine Kontrolle des Verfassungsschutzhaushaltes durch die parlamentarische Kontrollkommission in der Vergangenheit offensichtlich überhaupt nicht stattgefunden habe. Der eigentliche Skandal sei kein Verfassungsschutzskandal, sondern ein parlamentarischer. Denn nicht am Innenminister scheitere hier das Recht des Parlaments zu beraten, sondern an den Parlamentariern, die ihren Aufgaben nicht nachkommen wollten.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte: „Ich muß sagen, daß ich es im Grunde für eine unglaubliche Arroganz halte, daß sich jemand wie Herr Appel hier herstellen und sagen kann: Diese vielbeschäftigten Politiker, diese Großkopferten, die haben gar keine Zeit, sich mit den Rechten der Bürger zu beschäftigen: Dazu muß ich sagen: Ich riskiere es sonst nicht, Herr Appel, über interne Beratungen eines Gremiums in der Öffentlichkeit zu berichten. Ich halte das auch für unanständig. Aber da Sie das hier getan haben, tue ich es auch und sage: Solange Sie in diesem Gremium mitwirken, haben Sie nur Kinkerlitzchen hervorgebracht und nicht ein einziges Mal einen wesentlichen Punkt im Interesse unserer Bürger.“

Roland Appel (DIE GRÜNEN) meinte, er habe hier nichts aus irgendwelchen gehei-

Lokalradios sollen weiter planmäßig auf Sendung gehen können

Der Landtag hat nach erster Lesung das Gesetz zur Zuweisung von Übertragungskapazitäten und zur Änderung des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (3. Rundfunkänderungsgesetz) im Entwurf der Landesregierung (Drs. 11/1338) an den Hauptausschuß überwiesen. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) betonte, das 3. Rundfunkänderungsgesetz dränge, weil es Voraussetzung für die weitere Lizenzerteilung für die Lokalradios sei.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) bezeichnete die Gesetzesänderung als Voraussetzung dafür, daß Lokalradios in NRW weiter auf Sendung gehen könnten. Clement erinnerte daran, daß der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts mit dem 6. Rundfunkurteil Maßstäbe für die Zukunft des Rundfunkgesetzes gesetzt habe: Wirtschaftliche Chancen für die privaten Veranstalter; eine dynamische Bestands- und Entwicklungsgarantie für den Westdeutschen Rundfunk, eine volle verfassungsrechtliche Akzeptanz des Zweisäulenmodells, also des privaten lokalen Rundfunks in NRW. Das Karlsruher Urteil zwingt die Landesregierung nur unter einem Aspekt zu einer Korrektur, nämlich insoweit, als es die Modalitäten der Frequenzzuteilung betreffe. Der heutige Gesetzentwurf enthalte in Artikel 1 die Neufassung, die sich aus dem Urteil in Karlsruhe ergebe, in Artikel 2 die konkrete Zuweisung von Frequenzen an den Westdeutschen Rundfunk oder an die Landesrundfunkanstalt zur Nutzung für die privaten Veranstalter. Mit Artikel 2 werde vor allem sichergestellt, daß die Lokalradios weiter planmäßig auf Sendung gehen könnten. Clement unterstrich, alle sollten sich nach dem Karlsruher Urteil klar werden: Man würde die Chancen für den privaten lokalen Rundfunk verspielen, wenn man die Lokalradios mit einem landesweiten privaten aus Werbung finanzierten Hörfunkprogramm konkurrieren ließe. Die Vergesehene Vergabe der 5. Kette an den WDR sei deshalb und gerade zum Schutz der Lokalradiovielfalt in NRW gewidmet.

men oder sonstigen internen Beratungen ausgeplaudert, sondern er habe sich über das Verhalten von Parlamentariern und der Art, wie sie die Kontrolle wahrnahmen, in der Öffentlichkeit geäußert. „Das ist mein Recht“, sagte der Abgeordnete.

Hartmut Schauerte (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sagte: „Ich muß in dieser Sache Herrn Professor Farthmann uneingeschränkt Recht geben.“

Jürgen Büsow (SPD) sagte in einer Bemerkung zum Kollegen Appel, dieser

habe die Beispiele Celler Loch und Berliner Anschläge gebracht. „Sie von den Grünen haben gemeint, Sie kämen jetzt in das Parlamentarische Kontrollgremium und könnten in NRW Skandale aufdecken, sonst hätten Sie diese Beispiele gar nicht genannt; die es hier aber nicht gebe.“

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) stellte abschließend fest, man habe das übliche Ritual bei Haushaltsverhandlungen erlebt. Bei der Eröffnung sei vorgetragen worden, das Land sei verschuldet, die Ausgaben seien zu hoch, alles müsse heruntergeführt werden. Dann seien die Fachpolitiker gekommen. „Ich habe, soweit ich es mitbekommen habe, keinen Redner der Opposition gehört, dem die Ausgaben hoch genug sind.“ Das gelte für den Einzelplan 03, für die Schulen, für den Justizdienst, für die Polizei, für die Hochschulen, für den sozialen Bereich. „Es war kein einziger Bereich, in dem die Ausgaben ausreichten, so daß ich mich immer wieder fragen mußte: Wozu dienen denn die über 71 Milliarden Mark, die ausgegeben werden“, meinte der Minister.

Öffentlichkeitsarbeit: Neue Landtage

Wenige Monate nach der ersten freien Landtagswahl in den fünf neuen Ländern liegen bereits Informationsmaterialien aus den neuen Landtagen vor. Das „Volkshandbuch“ nach westdeutschem Muster mit biographischen Angaben und Fotos der Abgeordneten, mit Geschäftsordnung, Zusammensetzung von Präsidium, Fraktionsführungen, Ausschüssen und Regierung gibt es dreieinhalb Monate nach der Wahl (Datenstand) aus dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und von Brandenburg. Aus Sachsen erreichten uns die erste neue Landtagszeitung mit Namen „Landtagskurier“, ferner ein farbiger Sitzplan und eine Jubiläumsschrift. Thüringen informiert vorerst über das Land und mit Anschriften der Großstädte, der Landesministerien und der Landratsämter sowie der Redaktionen von Zeitungen, von Rundfunk und Fernsehen.

★

Lärmschutz aus Müll

Für 300 000 Mark baut der Landschaftsverband Rheinland an der Bundesautobahn 42 in Moers-Repelen eine 350 Meter lange Lärmschutzwand aus 70 000 Kilogramm Kunststoffmüll. Rund sieben Millionen Joghurtbecher oder 620 000 Plastikflaschen werden für das Gerüst des Walls recycelt. Der Wall wird mit kompostierten Grünabfällen aufgefüllt und bepflanzt. Die Lärmschutzwand absorbiert nicht nur den Verkehrslärm, sondern filtert auch Staub und Abgase.

★

Verwaltungsgerichtsordnung

Der Landtag hat das Achte Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes der Verwaltungsgerichtsordnung nach einer kurzen Einbringung durch Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) in erster Lesung an den Rechtsausschuß überwiesen. Vorgenommen werden sollen redaktionelle Anpassungen, die sich aus der vierten Novelle zur Verwaltungsgerichtsordnung ergeben.

Europapolitik und Entwicklungshilfe

NRW-Jugend hilft Ärmsten der Welt

In der Sitzung des Unterausschusses „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ am 17. April 1991 gab Minister Wolfgang Clement einen Überblick über die Dritte-Welt-Aktivitäten der Landesregierung und verband dies mit der Feststellung, daß an sich die Entwicklungspolitik eine bundesstaatliche Aufgabe sei. Er sei aber andererseits überzeugt, daß angesichts der weltweit zunehmenden Flüchtlingsbewegungen und Armutswanderungen ein großer Zwang zum Handeln auch für die Länder und Kommunen bestehe. Ziel sei, in diesem Bereich zu einer gemeinsamen Politik zu kommen. Er stelle dabei fest, daß Nordrhein-Westfalen mehr als alle anderen Bundesländer tue.

Im Unterausschuß bestand ein breiter Konsens, in Zukunft verstärkt in das Gespräch mit Dritte-Welt-Gruppen einzutreten. Der Vorsitzende des Unterausschusses, Abgeordneter Jürgen Büsow (SPD) schlug vor, daß man sich im Ausschuß über gemeinsame entwicklungspolitische Leitlinien des Parlaments verständigen und diese zu einem späteren Zeitpunkt mit den Dritte-Welt-Gruppen und den Kirchen erörtern solle.

Sodann befaßte sich der Unterausschuß mit der Haltung der Kultusministerkonferenz und der Landesregierung zu Aktivitäten der EG-Kommission im Kultur- und Bildungsbereich. Staatssekretär Dr. Konow, Wissenschaftsministerium, erläuterte, daß der EWG-Vertrag mit Annahme der Vorschriften der Artikel 57 und 128 EWGV zur Zeit keine Regelungen enthalte, die der Gemeinschaft eigene Zuständigkeiten für die Bildungs- und Kulturpolitik zuwies. Allerdings lege die Kommission den Artikel 128 des EWG-Vertrages weit aus und werde darin durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs bestätigt.

Staatssekretär Dr. Konow betonte, daß die bislang von der Kommission in Gang gesetzten Programme durchaus die Zustimmung der Landesregierung fänden. Allerdings sei der Kommission dann aus der Sicht der Bundesländer entgegenzutreten, wenn diese beabsichtigte, ihre Aktivitäten uferlos auszuweiten. So hätten sich die Bundesländer gemeinsam mit der Bundesregierung auf einen Vorschlag über eine Neufassung des Artikels 128 EWG-Vertrag verständigt, dessen Realisierung allerdings nach dem derzeitigen Beratungsstand, so Minister Clement, kaum zu erwarten sei.

Weiterbildungsmaßnahmen im Vordergrund. Wegen der Unterrepräsentanz von Frauen in Schulleitungspositionen forderte Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) Frauenförderungspläne für den Schulbereich. Sie begrüßte die vom Minister angekündigte Überprüfung, ob Teilzeitarbeit nach § 85a Landesbesoldungsgesetz „von Anfang an“ möglich sei, kritisierte allerdings, daß in der Praxis Anträgen auf Teilzeitarbeit aus Gründen des Lehrermangels häufig nicht entsprochen würde. Hinter dem Mangel an Frauen in Schulleitungspositionen stecke nach Auffassung von Marie Luise Woldering (CDU) das Problem, daß Frauen z. B. wegen der Doppelbelastung durch die Familientätigkeit selbst nicht bereit seien, diese Funktion zu übernehmen. Auf ihre Frage, ob Schulleiterpositionen im Rahmen der Teilzeit möglich wären, führte der Minister aus, daß bisher nur stellvertretende Funktionen entsprechend angeboten würden, die Teilung der Leiterstelle bisher aber nicht erobert worden sei. Auf eine entsprechende Frage von Andreas Reichel (F.D.P.) wies der Minister darauf hin, daß 93 % der Teilzeitbeschäftigten Frauen seien. Seine Vermutung, daß zwei Teilzeitkräfte „teurer“ seien als eine Vollzeitkraft, konnte vom Minister nicht bestätigt werden: besoldungsrechtlich ergäben zwei halbe eine ganze Stelle, lediglich personenbezogene Aufwendungen, wie z. B. Beihilfe, entstünden doppelt. Um die Wiedereingliederung von aus familiären Gründen beurlaubten Lehrkräften zu erleichtern, sollte nach Auffassung der Sprecherin der Fraktion der SPD, Brigitte

Fortsetzung Seite 19

Landesmittel für Konkreten Friedensdienst

Dorfbrunnen in Brasilien

Projektbezeichnung: Kath. Junge Gemeinde Paderborn
Partner im Zielland: Brunnen- und Mühlenbau, Brasilien
Aufenthaltsdauer: 29. Juni – 27. Juli 90
Anzahl der Reisetilnehmer: 10
Anzahl der geförd. Teilnehmer: 7

Die zehnköpfige Gruppe (drei Teilnehmer konnten aus Altersgründen nicht gefördert werden) der Diözese Paderborn wollte während ihres Brasilienaufenthaltes einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande leisten. Sie arbeiteten mit der von Franziskanern initiierten „Katholischen Aktion für Landarbeiter (A. C. R.)“ zusammen. Der Kontakt entstand über einen Franziskanerpater aus Werl. Die Hauptarbeit fand, nach kurzer Akklimatisierung und vorbereitenden Gesprächen, in zwei kleinen Orten statt. So wurde in dem Dorf Aldeia von den Männern der Gruppe, unterstützt durch einige Brasilianer, mit einfachstem Werkzeug ein zehn Meter tiefer Brunnen gegraben. Die Frauen

beteiligten sich während dieser Zeit an den Haus- und Feldarbeiten. Die Frauen waren in der Krankenstation untergebracht, die Männer fanden eine improvisierte Unterkunft in einem Lagerhaus.

Ein ähnlicher Einsatz erfolgte in dem Ort Bela Vista. Hier wurde eine Maniokmühle und wieder ein Brunnen errichtet (die Maniokwurzel gehört in dieser Region zu den Hauptnahrungsmitteln). Die Frauen beteiligten sich wie zuvor an der Hausarbeit, aber auch an den Holzarbeiten für das Gebäude der Mühle.

Ein geplanter ähnlicher Einsatz in einem anderen Dorf konnte nicht stattfinden, da die Wege dorthin nach starken Regenfällen unpassierbar waren.

Frauenpolitik im Kultur- und Bildungsbereich

Viele Museumsleiterinnen in NRW

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 22. März 1991 unter Leitung der Vorsitzenden, Marie-Luise Morawietz (SPD), stand ein Bericht von Kultusminister Hans Schwier über frauenpolitische Maßnahmen im kulturellen Bereich und im Rahmen von Schule und Weiterbildung.

Minister Schwier bestätigte, daß die nordrhein-westfälische Kulturszene entscheidend von Frauen mitgestaltet wird. „Die Leistungen dieser Frauen“, so Schwier, „ihre fachliche Autorität, ihre internationale Reputation, ihr Vorbild an exponierter Stelle, der Stolz des Landes auf sie sind für die von uns politisch gewollte Förderung von Frauen im kulturellen Bereich von höchster Bedeutung.“ Die Tanzszene, die Musikhochschulen und die Kunstakademien in Nordrhein-Westfalen weisen bedeutende, weit über Nordrhein-Westfalen hinaus bekannte Namen auf. In keinem Bundesland gebe es zudem so viele Museumsleiterinnen wie in Nordrhein-Westfalen; allein in Köln haben fünf Frauen diese Position inne. Mit finanziellen Mitteln des Landes unterstützt wür-

den beispielsweise das Frauenmuseum in Bonn, das Frauenkulturbüro Nordrhein-Westfalen e.V. sowie zahlreiche Projekte im Bereich Frauenkultur und -theater. Auch in der Filmszene Nordrhein-Westfalens sind Frauen stärker vertreten, als man vermuten mag. So hat sich das Filmbüro Nordrhein-Westfalen, das seit Beginn der Arbeit vor über zehn Jahren von Frauen geleitet wird, namhafte Filmemacherinnen hervorgebracht, von denen einige mit dem Förderpreis des Landes ausgezeichnet wurden. Auch an der Spitze der „Videonale“ in Bonn und der Kurzfilmtage Oberhausen stehe eine Frau. Zu festen Institutionen in der Filmszene sind die im jährlichen Wechsel stattfindenden Frauenfilmfestivals „Feminale“ in Köln und die „Femme totale“ in Dortmund geworden. „Maschinenstürmerinnen“ lautete das diesjährige Thema der soeben beendeten „Femme totale“. Der Ausschuß für Frauenpolitik hatte sich in seinen Haushaltsberatungen mit einem Antrag für die bessere finanzielle Ausstattung dieser Filmfestivals ausgesprochen.

Zum Thema Frauenförderung im Schulbereich standen Teilzeitarbeit und gezielte

Wirtschaftsausschuß machte Potsdamer Kollegen Mut zum Umsteuern

Brandenburgs Minister Hirche: Alle Krisenbranchen auf einmal!

Zwei Botschaften waren dem brandenburgischen Regierungschef besonders wichtig. Bei den Gesprächen in einem Zehlendorfer Lokal, zu denen Ausschußvorsitzender Dr. Schwericke namens seiner Leverkusener Firma eingeladen hatte, appellierte Dr. Manfred Stolpe (SPD) an die Parlamentarier beider Landtage, sich vorrangig für die Sanierung vorhandener Betriebe und für den Absatz ostdeutscher Produkte einzusetzen. Der osteuropäische Markt schreie geradezu nach Produkten aus der früheren DDR, könne jedoch nicht zahlen. In Brandenburg gebe es im übrigen Anzeichen für den beginnenden Aufschwung. Im März seien mehr als 7000 Gewerbe angemeldet worden.

Trotz zahlreicher Verpflichtungen auf der Frühjahrsmesse Hannover nahm sich der BR-Wirtschaftsminister Walter Hirche (F.D.P.) Zeit für die Teilnahme an der Ausschußsitzung im Landtag am 15. April. Er klagte, Strukturprobleme und Umweltschutzmaßnahmen, zu deren Bewältigung die NRW-Branchen Stahl, Kohle, Chemie, Textil und Landwirtschaft Jahrzehnte gebraucht hätten, träten in BR alle auf einmal auf. In der Problemregion an der Oder würden intelligente Lösungen durch Verknüpfung von Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik gesucht. Die Treuhandanstalt solle mehr als bisher „Mittelbetriebe“ (500 bis 5000 Beschäftigte) bevorzugen. Ihre Politik der Erlösmaximierung (mit Anbindung an den Bundesfinanzminister) sei falsch. In Brandenburg dürften die industriellen Kernregionen nicht verlorengehen. Eine Gebietsreform sei nötig. Zur Zeit laufe es bei mutigen Landräten, die auch unkonventionell verfahren, während andere Landkreise vor sich hin dümpelten.

„Schnell und sparsam“

Minister Hirche dankte unter Beifall der Abgeordneten ausdrücklich für die sehr gute Unterstützung aus NRW beim Aufbau. Gleichzeitig versprach er: „Wir wollen den Nachweis führen, daß wir mit dem Geld schnell und sparsam umgegangen sind.“ Der rasche Mittelabfluß dürfe nicht zur Verschwendung führen. Als Beitrag von Bonn wünschte er sich unter anderem die Vergabe von Aufträgen in Regie des Bundes an Betriebe aus den 5NL.

Die BR-Landtagsabgeordneten Rainer Siebert (F.D.P.), Klaus Häßler (CDU), Günter Nooke (Bündnis 90) und Joachim Franck (SPD), baten ihre NRW-Kollegen um Rat bei wichtigen Entscheidungen, zum Beispiel über die Gründung einer Landesbank. „Lieber etwas Wildwuchs, als daß nichts in Gang kommt“, meinte Fraktionsvorsitzender Siebert zu bürokratischen Hemmnissen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seien zwar Hilfsmittel, aber keine Lösung des Beschäftigungsproblems, stellte Häßler fest. Nullstunden-Kurzarbeit fördere den Erhalt der alten Strukturen, ergänzte Fraktionsvorsitzender Nooke; einem Volk von Bastlern und Heimwerkern müsse Arbeit gegeben werden.

Namens aller Mitglieder betonte der Vorsitzende des Brandenburger Wirtschaftsausschusses Joachim Franck, der die Beratungen in Potsdam leitete, im BR-Landtag gebe

Zur Information über Wirtschaftsprobleme des NRW-Partnerlandes Brandenburg (BR) und zu Gesprächen mit den Brandenburger Kollegen hielt sich der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vom 14. bis 16. April in Berlin und Potsdam auf. Das von Vorsitzendem Dr. Jürgen Schwericke (CDU) geleitete Programm umfaßte Beratungen im Haus des Landtags in Potsdam, wobei erstmals der Bereich Energiewirtschaft in den fünf neuen Ländern (5NL) durch einen Vertreter der Treuhandanstalt (THA) grundsätzlich erläutert wurde, den Besuch eines Mikroelektronik-Betriebs im Süden von Berlin, des Schloßparks Sanssouci bei Potsdam sowie Arbeitssessen zusammen mit den Kollegen des Wirtschaftsausschusses des Landtags Brandenburg, an denen sporadisch Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, Wirtschaftsminister Walter Hirche und Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich teilnahmen.



Zwei kompetente Sprecher der Treuhandanstalt (Bildmitte) unterrichteten die Wirtschaftsausschüsse des NRW- und des Brandenburger Landtags über die Energiewirtschaft in den Ländern, 2. v. l.: Vorsitzender Dr. Jürgen Schwericke (CDU), 2. v. r.: Vorsitzender Joachim Franck (SPD Brandenburg). Foto: Michael Utech

es wegen der riesigen Probleme keine parteipolitischen Positionskämpfe, sondern der Konsens zwischen allen fünf Fraktionen überwiege.

Konsens aller Fraktionen

Der am 14. Oktober 1990 gewählte BR-Landtag besteht aus 88 Abgeordneten mit folgenden Fraktionsanteilen: SPD 36, CDU 27, PDS/Linke Liste 13, Bündnis 90 und F.D.P. je sechs Sitze. Für die Regierungsbildung sind SPD, Bündnis 90 und F.D.P. eine Koalition eingegangen.

Dem BR-Wirtschaftsausschuß gehören acht ordentliche Mitglieder an (3 SPD, 2 CDU, je einer übrige Fraktionen). Bis auf den Lehrer Siebert und den Physiker Nooke sind alle Diplom-Ingenieure von Beruf: Marga Beck (CDU) aus Lübben für Wasserwirtschaft, Lothar Englert (SPD) aus Schwedt als Direktor in der Papierverarbeitung, Martin Habermann (CDU) aus Lübbenau, zugleich Mitglied des Hauptausschusses, mit Fachrichtung Wärmetechnik. Dr. Stefan Körber (SPD) war zuletzt Dozent für Technische Kybernetik, nach der Wende Parlamentarischer Staatssekretär. Der PDS-Abgeordnete Dr. Helmuth Markov aus dem früheren Bezirk Potsdam, SED-Mitglied seit 1973, arbeitet in der Elektrotechnik-Entwicklung. Ausschußvorsitzender Franck (SPD) ist ein „Westimport“ aus der Energiewirtschaft. Die Brandenburger Ausschußmitglieder sind im Durchschnitt 45 Jahre alt, fast alle verheiratet mit Kindern. Zwei geben in ihren Lebensläufen „kath.“, einer „ev.“ und einer „christlich“ an.

In der Aussprache regten die NRW-Kollegen unter anderem Investitions-Bausteine für schnellere Genehmigungsbewilligungen (Hagen Tschoeltsch), hohe Umweltschutzstandards für neue Anlagen (Dr. Manfred

Busch), Selbstbewußtsein gegenüber westdeutschen Finanzpartnern angesichts von Umsatzsteigerungen durch die Einheit (Laurenz Meyer) und lokale oder regionale Runde Tische für das Einvernehmen bei Unternehmensgründungen (Loke Mernizka) an. Das Vorantreiben der Breitbandverkabelung in Westdeutschland, während die Telefonnetze von West- und Ost-Berlin noch nicht einmal verbunden seien, wurde von Franck als Skandal bezeichnet.

Energiewirtschaft gesundungsfähig

Der Sonderbevollmächtigte für Energie bei der Treuhandanstalt, Dr. Gundermann, bezeichnete die Energiewirtschaft in den 5NL als insgesamt gesundungsfähig einschließlich der Braunkohle. Die Mineralölverarbeitung in Schwedt habe zusammen mit westlichen Partnern Zukunft. Im Strombereich seien, so ergänzte Herr Stotz (Vereinigte Energiewerke AG), müßten in den nächsten zehn Jahren 20 bis 30 Milliarden Mark investiert werden, etwa für Hochspannungsmasten im intakten, jedoch völlig überlasteten Leitungssystem. Die Braunkohle-Stromerzeugung solle von 12500 auf 8- bis 9000 Megawatt heruntergefahren werden. Ein Wirkungsgrad von 40 Prozent werde angestrebt.

Dr. Henning, früher Rheinbraun, seit 1. November 1990 Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG), schätzte die Fördermenge für 1991 auf 130 Millionen Tonnen gegenüber 195 im Jahr 1989. Dramatische Rückgänge gebe es bei der Koks- und Gaserzeugung sowie bei Briketts im Kombinat Schwarze Pumpe. Die Belegschaft der LAUBAG solle von 45- auf 30000 Mitarbeiter verkleinert, der Tagebau von 17 auf fünf bis sechs Be-

Fortsetzung Seite 15

Hauptausschuß: Sachverständigengespräch im Mai – Einig über Nationalpark Senne

Schutzzeitraum für privaten, lokalen Rundfunk

Bei der Bewertung des 3. Rundfunkänderungsgesetzes, das wegen des 6. Rundfunkurteils des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe vom 5. Februar 1991 von der Landesregierung eingebracht werden mußte, will der Hauptausschuß des Landtags auf Antrag der CDU-Fraktion am 2. Mai 1991 ein Sachverständigengespräch zu rundfunkpolitischen und rundfunktechnischen Fragen durchführen. Wie der Ausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) beschloß, soll der Anhörung die Thematik zugrunde liegen, ob von den sechs leistungsstarken Frequenzen, die für die 5. Hörfunkkette des Westdeutschen Rundfunks (WDR) eingeplant sind, eine oder mehrere zur Versorgung des Lokalfunks in Nordrhein-Westfalen und auch des Deutschlandfunks genutzt werden können. Die SPD-Fraktion machte bei der Sitzung noch einmal deutlich, daß die politische Entscheidung für die Vergabe der 5. Hörfunkkette an den WDR nicht zur Disposition stehe.



Rundfunkpolitik im Mittelpunkt: vorne v. r. Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD), Minister Wolfgang Clement (SPD) und F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde.
Foto: Schüler

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) erinnerte daran, es müsse sichergestellt werden, daß die Lokalradios planmäßig auf Sender gehen könnten. Er unterstrich die „absolute Priorität“ des privaten lokalen Rundfunks. Man wolle ihm einen Schutzzeitraum geben, den Clement mit fünf bis sechs Jahren umriß. In diesem Zeitraum wolle man einem privaten landesweiten Hörfunk keine Frequenzen zur Verfügung stellen.

Bei der Aussprache im Hauptausschuß stand dann auch die Regelung der Frequenzen im Mittelpunkt. CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi hielt es für „nicht unproblematisch“, wie vorgesehen, Frequenzen per Gesetz zu vergeben. Das binde mehr als eine Vergabe auf dem Verordnungswege. Sie schlug eine Anhörung auch zu „technisch nicht leichten Fragen“ vor.

Der SPD-Medienexperte Jürgen Büssow erwiderte, der CDU sei es unbenommen, eine Änderung zu verlangen. Er stellte indessen der Union die Frage, ob sie die Anhörung jetzt haben müsse. An der Entscheidung für die 5. Hörfunkkette würde diese auch nichts ändern. Er würde bedauern, wenn es durch Verzögerungen keine Rechtssicherheit in diesem Bereich gebe.

Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde erkannte die Eilbedürftigkeit an, kritisierte jedoch die Frequenzzuordnung über Gesetz. Das sollte besser eine unabhängige Kommission machen. Nach seiner Ansicht müßte ferner zum Aufbau des dualen Systems die 5. Hörfunkkette für Private vorgehalten werden. Unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt warf Rohde die Frage auf, ob die Schutzfrist für privaten lokalen Rundfunk über fünf Jahre hinaus weiter ausgedehnt werden solle. Er regte ferner an, nach weiteren Frequenzen zu forschen, die etwa nach Abrüstung der Alliierten oder der Bundeswehr zur Verfügung stünden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann äußerte Verständnis für eine Anhörung, bat jedoch darum, den Schwerpunkt der Erörterungen auf den

Herbst zu verlegen. Die GRÜNEN-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn fand dagegen die Anhörung „schon richtig“. Wenn, dann sollten aber bei dem Hearing Fragen erörtert werden, welche Auswirkungen sich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und für Private ergäben.

Politisches Signal

Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig machte darauf aufmerksam, daß bei fehlender Rechtssicherheit Planungen in Lokalfunkstationen verschoben werden müßten. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement betonte, auch der WDR habe einen Anspruch auf Rechtssicherheit. Die Vergabe der 5. Hörfunkkette an den WDR sei eine politische Entscheidung auch zugunsten der privaten Stationen. Dafür brauche man keine Anhörung. Clement bekräftigte, daß den privaten lokalen Stationen Schutz gegeben werden solle, „so lange wie nötig, nicht wie möglich“. Der SPD-Abgeordnete Büssow suchte Besorgnisse der CDU-Opposition aufgrund von Presseberichten zu entkräften. In der SPD-Fraktion denke keiner an eine 6. oder 7. Hörfunkkette für den WDR. An der 5. Kette ändere die CDU allerdings „überhaupt nichts“.

Über den Schutz für den lokalen Rundfunk sei man sich einig, stellte die Abgeordnete Hieronymi draufhin fest. Sie bezeichnete ihn jedoch als unzureichend. Auch deshalb sollte die Anhörung stattfinden. „Wir möchten prüfen, ob Frequenzen der 5. Kette helfen können, wo der lokale Rundfunk mit den Frequenzen Probleme hat“, sagte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. Der F.D.P.-Fraktionschef Rohde räumte die Möglichkeit eines Arrangements nach der Anhörung ein.

Der Hauptausschuß einigte sich schließlich darauf, fünf Sachverständige für den 2. Mai einzuladen. Gehört werden sollen Vertreter der Landesanstalt für Rundfunk, des Deutschlandfunks, des WDR, der Lokalfunkorganisation und der Bundespost/Telekom.

Bei seiner Sitzung beriet der Ausschuß ferner einen Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Einrichtung des Nationalparks Senne. Deren Parlamentarischer Geschäftsführer, Dr. Michael Vesper, schloß, es gebe zu diesem Thema einen breiten Konsens im Hause. Alle Fraktionen seien grundsätzlich mit der Idee eines Nationalparks einverstanden. Der Landesregierung unterstelle er, sie sei nur bedingt in der Lage, einen solchen Nationalpark durchzusetzen. Es bedürfe politischer Rahmenbedingungen und deshalb eines politischen Signals, um möglichen Alternativnutzern klarzumachen, daß der Truppenübungsplatz der Briten Nationalpark werden solle. Die SPD-Abgeordnete Helga Giesselmann meinte, die SPD stimme dem Vorschlag des Landwirtschaftsausschusses zu. Dieser würde voll ausreichen für das Ziel, die Senne als Naturpark zu errichten. Die CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi brachte das Votum des Umweltausschusses in die Diskussion ein, dem sich der Hauptausschuß auch anschloß. Man einigte sich auf die Formulierung, schnellstmöglich nach Beendigung der militärischen Nutzung sollte der Nationalpark Senne unverzüglich geschaffen werden. Die Landesregierung wurde aufgefordert, umgehend entsprechende Schritte zu unternehmen.

Zu Beginn seiner 13. Sitzung hatte der Hauptausschuß Einvernehmen mit einem Begründungstext und einer Protokollnotiz zum Staatsvertrag zwischen Brandenburg und NRW über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen erzielt.

CDU und F.D.P. fordern sofortiges Ende der Zusammenlegung in JVA Köln

Im Rahmen einer von CDU und F.D.P. beantragten Aktuellen Viertelstunde hat der Rechtsausschuß unter der Leitung von Friedrich Schreiber (SPD) und in Anwesenheit von Justizminister Rolf Krumsiek (SPD) darüber debattiert, ob die Zusammenlegung von vier verurteilten weiblichen RAF-Terroristen in der Strafanstalt Köln-Ossendorf rückgängig zu machen ist. Das Attentat auf den Treuhändchef Rohwedder und Kasibertunde bei Zellendurchsuchungen seien Anlaß genug, diese Vergünstigung aus dem Jahr 1989 wieder aufzuheben.

Dieser gemeinsamen Auffassung von CDU und F.D.P., die ihre Sprecher Dr. Hans-Ulrich Klose und Heinz Lanfermann vortragen, widersprach der Justizminister in seinem Bericht. Aus der letzten Durchsuchung am 18. und 19. März 1991 durch Kräfte des Generalbundesanwalts und des Bundeskriminalamtes (BKA) hätten sich keinerlei Hinweise auf das Attentat ergeben. Bei der Durchsuchung am 30. März 1990 seien an den Körpern der vier Gefangenen Beutel mit Zettelchen voller „Gekritzeln“ gefunden worden. Das sei aber seines Wissens noch nicht entschlüsselt worden. Der Generalbundesanwalt habe ihm in einem Gespräch in der letzten Woche verwertbares Material zuge-

sagt. Krumsiek: „Das werde ich auswerten und alsbald eine gerichtsfeste Entscheidung treffen“. Generalbundesanwalt und Bundesinnenminister seien übereinstimmend der Meinung, daß in Sachen Vollzug dieser vier „Bundesgefangenen“, die in einem NRW-Gefängnis ihre Strafen verbüßen, „keinen Anlaß zu einer Ad-hoc-Entscheidung gibt“. Der Minister warnte vor einem Alleingang des Landes; die Zusammenlegung sei schließlich mit Zustimmung des Bundes erfolgt, um mit diesem Mittel zu einem Ende des Anfang 1989 stattfindenden „revolvierenden“ Hungerstreiks beizutragen. Der Bundesjustizminister habe die damalige Entscheidung des Landes gebilligt. Er könne zwar per Weisung für eine Änderung im Vollzug sorgen, aber er habe „keine Lust, ein solches Vierteljahr wie 1989 (gemeint ist der Hungerstreik von RAF-Gefangenen von Februar bis Mai 89) durchzustehen“. In einer solch delikaten Situation, zumal sich die Möglichkeit eines erneuten Hungerstreiks abzeichne, sei es angemessen, „daß der Justizminister eines Landes sich abstimmt. Denn die Konsequenzen, die sich dann ergeben, haben wir gemeinsam zu tragen“. Heinz Lanfermann (F.D.P.) wies auf den einstimmigen Beschluß des Landtags vom April 1989 hin, der bei der Zusammenlegung davon ausgegangen sei, daß sich die Straf-

täter vom Terrorismus lossagen könnten, um künftig ein straffreies Leben zu führen. „Diese Erwartung ist in Köln und anderswo enttäuscht worden.“ Es komme auch nicht auf die Entzifferung von Geheimschriften an, allein schon der Fund sei ein Grund gewesen, die Vergünstigungen zu widerrufen. Der Minister sollte endlich entsprechend handeln.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) erinnerte daran, daß die CDU gegen die Zusammenlegung gewesen sei. In der Zwischenzeit hätten sich die Erwartungen aus der gemeinsamen Landtagsentschließung nicht erfüllt. Im Interesse des Staates und der Gleichbehandlung aller Gefangenen seien Konsequenzen zu ziehen, denn die Voraussetzungen für die Zusammenlegung seien schließlich weggefallen.

Dr. Dieter Haak (SPD) riet wie zuvor der Justizminister zu einem abgestimmten Vorgehen von Bundes- und Landesbehörden. Erst danach könne es ein gemeinsames Vorgehen geben. Roland Appel (DIE GRÜNEN) regte an, mit dem Vorschlag in die Justizministerkonferenz zu gehen, den unterbrochenen gesellschaftlichen Dialog über das Problem des Terrorismus wieder aufzunehmen. Sonst verstärke sich die Gefahr wachsender Aggressivität und zunehmender Isolation in diesem Lager.

Brandenburg...

Fortsetzung von Seite 13

triebe reduziert werden. 49000 Hektar Abbau-Gelände müsse „bearbeitet“ werden. Zur Kritik an der Treuhandanstalt und vor dem Hintergrund der Ermordung des THA-Chefs Dr. Detlev Karsten Rohwedder vor zwei Wochen sagte Dr. Gundermann, die THA habe sich im Hinblick auf die parlamentarisch-politische Begleitung ihrer Arbeit in den letzten Monaten geöffnet. Unter Frau Dr. Breuel werde im Sinne von Rohwedder weitergearbeitet.

Angebot: Fläche und Personal

Nach kurzer Stadtrundfahrt durch Potsdam mit Besuch des Schloßparks Sanssouci trugen in der Industrieregion im Süden von Berlin leitende Mitarbeiter und Betriebsräte der Firma Leistungselektronik Stahnsdorf (LESAG) ihre Sorgen und Konzepte vor. Von 3000 Beschäftigten könnten höchstens 1000 bleiben, nachdem man sich mit marktfähigen Dioden und Transistoren auf den Absatz in Westeuropa einschließlich der alten Bundesrepublik konzentrierte. Aufgaben wie die Herstellung von Betriebsteilen, Lehre und Forschung, Sozialeinrichtungen würden wegfallen. Mittelfristig werde in Osteuropa mit Absatzchancen gerechnet. Renommiertere Westfirmen würden schon seit längerem beliefert. Kürzlich seien Vertreter in der alten BRD unter Vertrag genommen worden.

Die LESAG habe als einer von wenigen Betrieben seit dem 1. Juli 1990 pünktlich und in voller Höhe Löhne und Gehälter ausgezahlt. Illiquiditäten würden teilweise von der THA und einer Großbank aufgefangen, dennoch gebe es einen täglichen Kampf mit Lieferanten. Seitens des Betriebsrates wurde für einen schrittweisen Personalabbau ohne scharfen Schnitt, etwa zum 30. Juni ohne Urlaubsgehälter, eingetreten. Trotz günstiger Lage am Rand von Berlin



Der Ältestenrat des nordrhein-westfälischen Landtags mit seiner Vorsitzenden, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (6. v. r.), hat mit dem Präsidium des Landtags von Brandenburg im Düsseldorfer Landtag eine gemeinsame Sitzung abgehalten. Dem Präsidium des Partnerlandes gehören der brandenburgische Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich (7. v. r.), Vizepräsident Karl-Heinz Kretschmer sowie Wolfgang BIRTHLER, Hartmut Meyer, Reinhart Zarneckow (alle SPD), Klaus Häbeler, Martina Schlanke (beide CDU), Gerlinde Stobrawa (PDS-LL), Renate Schneider (F.D.P.) und Dr. Bernd Reuter (Bündnis 90) an.
Fotos: Schüler

und der riesigen Fläche von 27 Hektar Betriebsgelände ohne Eigentumsprobleme sowie qualifizierten Personals hat die LESAG bisher kaum Käufer und noch keinen Partner gefunden. Marketing samt Kostenrechnung haben einen schweren Stand, gegen das negativ-Image früherer DDR-Betriebe anzukämpfen. Mit westlichen Beratern hat die Firma unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Am besten sei man mit Pensionären gefahren, die uneigennützig und für halb so hohe Tagessätze wertvolle Hilfe geleistet hätten. Die direkt gewählte Landtagsabgeordnete Christel Dettmann (BR-SPD) appellierte an den Erhalt der LESAG als Hoffnungsträger für den letzten verbleibenden Ausbildungsbetrieb (200 Plätze, weitere 150 sind geplant) in der Mikroelektronik-Region. Nach der Besichtigung von Produktionsstät-

ten und persönlichen Einzelgesprächen begleitete Frau Dettmann die Ausschußmitglieder auf der Fahrt nach Klein-Machnow und schilderte die große Unruhe der Bewohner wegen der Rückgabe-Ansprüche früherer Besitzer von Grundstücken mit Einfamilienhäusern. Zum Schloß Hakeburg in einem riesigen Gelände, das früher als SED-Ausbildungsstätte für „ausländische Friedenskämpfer“ diente und jetzt noch im Besitz der PDS ist, kam Brandenburgs Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich (SPD). Er rief dazu auf, aus der Phase des Lernens heraus jetzt die Probleme anzugehen. Vorsitzender Dr. Schewericke (NRW-CDU) sprach eine Gegeneinladung an den BR-Wirtschaftsausschuß aus und stellte abschließend fest, die Überwindung der Schwierigkeiten werde länger dauern, Optimismus sei dennoch angebracht.

Farthmann zur Situation in neuen Bundesländern: Infrastruktur muß erneuert werden

Über die wirtschaftliche Situation in den fünf neuen Bundesländern referierte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann vor der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages unter dem Vorsitz der ehemaligen Justizministerin Inge Donnep.

Farthmann schilderte ausführlich die enormen Anpassungsschwierigkeiten der Wirtschaft im Osten, deren Folge in diesem Jahr einschließlich der Kurzarbeiter mit null Stunden ungefähr 3,5 bis vier Millionen Arbeitslose sein würden. Die Ursachen sah er in der Mißwirtschaft des SED-Regimes und in der Untätigkeit der Bundesregierung bis vor wenigen Wochen, die die Bevölkerung auf ein Wirtschaftswunder verträstet habe. Farthmann stellte daher vier Forderungen auf, die seiner Ansicht nach unabdingbare Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung sind.

Erstens müsse die Infrastruktur erneuert werden. Dies habe zum einen den Effekt, daß Anreize für Investoren da seien und zum anderen, daß kleine und mittlere Betriebe ihre Arbeit aufnehmen könnten. Zweitens sei eine funktionsfähige Verwaltung nötig. Dafür sei eine entsprechende Qualifikation der dortigen Beamten dringend erforderlich. Das Lohn- und Gehaltsniveau sei ferner anzugleichen, damit keine Abwanderung erfolge. Drittens müsse die Eigentumsfrage geregelt werden. Die Rückgabe, so Farthmann, die im Einigungsvertrag festgeschrieben wurde, sei ein Fehler, mit dem man jetzt leben müsse. Aber daß diese Fragen bislang nicht geklärt sind, hielt er für eine „gigantische Investitionsbremse“.

Abschließend forderte Farthmann, daß Anreize geschaffen werden müßten, um Produktionsstätten zu errichten. Der Fraktionschef schloß Sonderabschreibungen bis zu 100 Prozent nicht aus, damit die fehlende Attraktivität überwunden werde. Farthmann räumte ein, daß dies viel Geld kosten werde und schloß nicht aus, daß der Aufbau in den neuen Ländern auch zu Lasten der alten erfolgen könne. Als Beispiel nannte er dafür, daß sich einzelne Unternehmen nun für eines der neuen Bundesländer entschieden statt für Nordrhein-Westfalen und somit hier keine neuen Arbeitsplätze geschaffen würden. Steuererhöhungen seien selbstverständlich, allerdings zweifelte er die soziale Verträglichkeit der Regierungspläne an.

Trotz der Kritik an der Politik der Bundesregierung stimmte er dem jetzt von ihr eingeschlagenen Weg zu, wies aber wiederholt darauf hin, daß der tiefste Punkt der Wirtschaftskrise noch nicht überwunden sei.

wego

Reinhard Schmidt-Küntzel hat nach fast 16 Jahren Pressesprechertätigkeit, davon allein elf Jahre Pressetätigkeit für den nordrhein-westfälischen Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD), wie er selbst sagt, „für die klassischen Innenaufgaben Verwaltung und Verwaltungsrecht Verantwortung ‚im Haus‘ übernommen“. Schmidt-Küntzel war in den letzten Jahren auch Leiter des Büros von Schnoor. Sein Nachfolger als Pressesprecher ist **Johannes Winkel**.

Ausschuß zu Fällen nach Paragraph 55:

LBV soll nach und nach Bereinigung vornehmen

Nicht zum ersten Mal hat sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle unter dem Vorsitz von Walter Neuhaus (CDU) mit Fehlern befaßt, die der Landesrechnungshof (LRH) bei der Prüfung des Landesamtes für Besoldung und Versorgung (LBV) festgestellt hat.

Wie Franz-Josef Britz (CDU) als zuständiger Berichterstatter auf der Sitzung am 19. März ausführte, hat der LRV in einer Querschnittsprüfung bei den Versorgungszahlfällen des Landes die Durchführung des Paragraphen 55 des Beamtenversorgungsgesetzes geprüft. Nach dieser Vorschrift sollen die Versorgungsbezüge, die mit Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen oder aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes zusammen treffen, nur bis zu einer im Gesetz bestimmten Höhe gezahlt werden. Im Lande gab es zum 31. Dezember 1987 insgesamt 27 799 solcher Versorgungszahlfälle.

Von den geprüften 300 Fällen, die nach den Grundsätzen der mathematisch-statistischen Stichprobentheorie ermittelt worden sind, waren 87, das sind 29 Prozent, fehlerhaft bearbeitet; 23 Fälle wiesen mehrere Fehler nebeneinander auf. Diese Fehler waren sehr unterschiedlicher Art und meist auf nicht eingrenzbarer individueller Bearbeitungsfehler der einzelnen Sachbearbeiter

zurückzuführen. Bezogen auf die gesamten 27 799 Versorgungszahlfälle sind auswertungsmethodisch 6644 bis 9479 Fälle fehlerhaft bearbeitet worden. In den 87 fehlerhaften Fällen der Stichprobe waren Zuvielzahlungen bzw. Mindereinnahmen zwischen 120 000 und 32 300 Mark festgestellt worden. Eine Hochrechnung auf die Gesamtzahl der Versorgungszahlfälle ergibt per Saldo einen Schaden von 5,5 Millionen Mark.

Nach intensiver und zum Teil sogar heftiger Diskussion über den Beschlußvorschlag des Berichterstatters und den von Walter Greverner als Sprecher der SPD-Fraktion vorgelegten Änderungsvorschlag hat der Ausschuß für Haushaltskontrolle schließlich einstimmig folgenden Kompromiß beschlossen:

- Der Ausschuß für Haushaltskontrolle stellt fest, daß die in der Stichprobe erfaßten Fälle erledigt sind.
- Das Finanzministerium wird gebeten, sukzessive in eine Überprüfung der Altfälle mit dem Ziel einer Bereinigung eventueller Fehler mit Wirkung für die Zukunft einzutreten.
- Der Ausschuß für Haushaltskontrolle fordert das Finanzministerium auf, die vom LRH festgestellten Mängel, deren aufgezeigte Ursachen und die mögliche Beseitigung der Ursachen in die in Auftrag gegebene Organisationsuntersuchung des LBV einzubeziehen und sicherzustellen, daß solche Mängel in Zukunft verhindert werden.



Abschied von seinem Amt als Vorsitzender des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen hat Erwin Pfänder (r.) genommen: Er wird Anfang kommenden Monats Direktor bei der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) des Landes. Auf seiner auswärtigen Sitzung am 17. April in Dortmund wählte der Ausschuß den SPD-Abgeordneten Volkmar Schultz (l.) einstimmig zu Pfänders Nachfolger. Der scheidende Vorsitzende lobte in seinem Schlußwort die gute und faire Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. Er schloß in seinen Dank auch ausdrücklich Landesbauministerin Ilse Brusis (SPD) ein. In den 16 Jahren von Pfänders Parlamentszugehörigkeit habe sich das Land dramatisch verändert, erklärte Schultz und mit Blick auf den Sitzungsort und den vorangegangenen Besuch bei der Internationalen Bauausstellung Emscherpark, fügte er hinzu: „Wir können stolz sein, was wir alle miteinander für die Menschen in diesem großen Industrieviertel im Städte- und Wohnungsbau errichtet haben.“ Dem Dank für die gute Zusammenarbeit im Ausschuß schlossen sich auch die Sprecher der anderen Fraktionen an. Dann schlug die Stunde des Austauschs von Geschenken: Pfänder überreichte dem neuen Vorsitzenden als Reminiszenz an die gelungene Informationsreihe in die USA die Flagge des US-Bundesstaates Illinois und erhielt seinerseits für sein neues Büro bei der WFA eine originale Pinnwand (siehe Bild).

Hochsauerland: Leben und arbeiten, wo andere Urlaub machen

Hinter dem berühmtesten Berg von Nordrhein-Westfalen, dem aus Wetter- und Schneebericht bekannten Kahlen Asten, ist die Welt noch nicht zu Ende. Vielmehr dringen neuerdings Schlagzeilen aus Winterberg nicht nur in den Sportteil der Tagespresse in der Landeshauptstadt. Die Regierungspräsidentin von Arnberg hat den Bau der Renaultsperre endgültig gestoppt. Und in Brilon konnte ein neues Spanplattenwerk nicht feierlich eröffnet werden, weil Umweltschutzaufgaben nicht eingehalten worden waren.

Nördlich des mit 841 Metern höchsten Berges von NRW erstreckt sich das Hochsauerland über die halbe Fläche des gesamten Sauerlandes. Im schneearmen NRW konzentriert sich hier der Wintersport für Rheinland und Westfalen. Der Fremdenverkehr macht aber das ganze Jahr über einen bedeutsamen Wirtschaftszweig aus. So werden denn auch Staatsoberhäupter gern in die Werbung eingespannt, nicht nur, wenn sie geborene Sauerländer wie weiland Heinrich Lübke sind, sondern auch als Wanderfreunde wie 1990 Bundespräsident Richard von Weizsäcker als Teilnehmer beim 90. Deutschen Wandertag.

Ganz ohne politische Prominenz kommen Hochglanzprospekte und bunte Broschüren aus, die für Kur- und Sporthotels, vor allem aber schnuckelige kleinere Gasthöfe werben. Wander- und Tafelfreuden, Museen, Bergwerke, Freizeitabenteuer, berühmte Pilzsorten, vor allem aber Naturgenüsse werden den geplagten Städtern aus den Ballungsräumen für Kurzreisen und Urlaubsaufenthalte angeboten. Außer den Landtagsabgeordneten Günter Langen (Medebach), Alfons Löseke (Arnsberg) und Karl Knipschild (Schmallenberg) leben im Hochsauerland rund 350 000 NRW-Bürger-

Forschungserfolge für Chemie und Umwelt

rinnen und Bürger. Sie arbeiten in Verwaltungen, in vielen mittelständischen Betrieben, darunter berühmte Hersteller der Modebranche, und in der Landwirtschaft. Keineswegs ein Geheimtip, aber weniger bekannt sind Forschungsstätten, für die hier



Grafschafter Institut für Umweltchemie und Ökotoxikologie: Mit einem Edelstahlbehälter werden Bodenproben von rund einem Kubikmeter aus dem Feld entnommen und in große Betonwannen auf dem Institutsgelände versetzt. Unter Freiland-Bedingungen werden dann Nutzpflanzen wie Weizen oder Mais angebaut. Zwei Jahre lang wird das aufgefangene Sickerwasser analysiert, um Aufschluß über Vorgänge und Rückstände im Boden zu gewinnen. Sichere Aussagen über Unbedenklichkeit oder Grundwassergefährdung durch Pflanzenschutzmittel sind das Ziel. Foto: Fraunhofer-Gesellschaft

die notwendige Ruhe und Umwelt gegeben ist. Aus einem Krankenhaus mit Schwerpunkt Silikotherapie ging das Grafschafter Fraunhofer-Institut hervor, das sich seit dem dritten Jahrzehnt seines Bestehens auf Forschungen zur Wirkung von Chemikalien auf die Umwelt konzentriert. Unter der Leitung von Professor Werner Klein (Fachgebiet Ökologische Chemie an der Gesamthochschule Duisburg) arbeiten am Institut für Umweltchemie und Ökotoxikologie (IUCT) 35 Wissenschaftler und ihre Mitarbeiter an rund 60 Vorhaben, die in der Regel zu 75 Prozent aus öffentlichen Mitteln und zu 25 Prozent von der Industrie finanziert werden. Waldschadensforschung, Schwermetallvergiftung, Asbest und Prüfung von Chemikalien zwecks Zulassung waren gefragte Untersuchungsgegenstände. Zur Zeit stehen Verhalten und Wirkung von Pflanzenschutzmitteln und Methoden zum Bodenschutz im Zentrum von Forschungsbemühungen. Ein weiteres Arbeitsgebiet ist die Untersuchung der Wirksamkeit von Schutzkleidung.

Das in Grafschaft entwickelte Lysimeter-Verfahren ist auf dem Weg zu einer Standard-Untersuchungsmethode für Grundwassergefährdung durch Pflanzenschutzmittel. Diese haben die erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge in den letzten 30 Jahren bewirkt, zu sorgloser Einsatz hat jedoch Probleme beim Grundwasser verursacht, das mehr als 70 Prozent des Trinkwassers liefert. Die Grafschafter Forschungsarbeiten sollen dazu beitragen, daß nur noch Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, die im Boden abgebaut werden und das Grundwasser nicht oder nur als harmlose Substanz erreichen.

Literatur: Arbeitslandschaft im Umbruch

Tauschbörse Nachhilfestunde gegen Anstreichen

Während Tausende neue Bundesbürger im Osten ihre Arbeitsplätze verlieren, beschäftigen sich die Kolleginnen und Kollegen im Westen mit Arbeitsplatzsicherung, Humanisierung der Arbeit und sozialverträglicher Technik. Im Sammelband „Arbeitsorientierte Technikgestaltung“ gerät dabei auch die zunehmende allgemeine Knappheit von Erwerbsarbeit ins Blickfeld, genauer gesagt: die schrumpfende Zahl von Vollarbeitsplätzen bei gleich hoher Produktivität.

Auf Leistungen, die in der Freizeit erbracht werden, macht Professor Rolf Heinze (Ruhr-Universität Bochum) aufmerksam, indem er zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit unterscheidet. Mit einem Vollarbeitsplatz belohnte Beschäftigung werde immer mehr zu einem knappen Gut. Diese Tatsache werde, so Heinze, als schmerzlicher Prozeß verstanden, „da in unserer arbeitszentrierten Gesellschaft nicht nur die Lebenserhaltung und die Lebenschancen, sondern auch der Lebenssinn primär über Erwerbsarbeit vermittelt wird.“

Andere Arbeit nimmt dagegen zu: Heimwerken, Familien- und „Konsumarbeit“. Für 1983 wurden in der alten Bundesrepublik 13 Millionen Menschen ermittelt, die regelmä-

ßig, und weitere elf Millionen, die gelegentlich Wirtschaftstätigkeiten „im Schatten“ ausübten. Für Heimwerken seien 1985 Werkzeuge, Baumaterialien, Maschinen im Wert von 30 Milliarden Mark umgesetzt worden. Damit schufen sich viele Erwerbstätige einen Ersatz für nicht geforderte körperliche Leistungen und vermehrten gleichzeitig ihren persönlichen Wohlstand.

Leistungen, die materiell weniger zu Buche schlagen wie: soziale Dienste, Nachbarschaftshilfe, Pflege, könnten aufgewertet werden, wenn sie in einer Art Tauschbörse gegeneinander „verrechnet“ würden. Ein organisierter „Kooperationsring“ vor Ort mit Gutscheinen für beispielsweise Nachhilfeunterricht, Maler- oder Gartenarbeit müßte nach Meinung des Autors jedoch hinsichtlich Räumlichkeit und Ausstattung mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Im Beitrag von Klaus Kost „Arbeitnehmer als Träger betrieblicher Innovationsstrategien“ geht es dagegen um die Sicherung von Arbeitsplätzen durch qualifizierte Mitgestaltung beim Umsteuern nicht mehr nachgefragter Produktionen. Als Beispiele werden „Qualitätszirkel“ aus Tochterbetrieben von Großunternehmen beschrieben, in denen anstelle von Stilllegung neue Marktchancen

erarbeitet werden, etwa Software-Programme für den ÖPNV auf der Grundlage vorhandener Kapazitäten bei der Stahlerzeugung oder das Umsteuern eines Bergbauzulieferers auf verwandte, aber bergbaufremde Transport- und Versorgungsgüter mit hochentwickelter Technologie.

Der Anspruch der Gewerkschaften, über künftige Produkte mitzuentscheiden, kommt hier im Gewand sozialverträglicher und gleichzeitig marktgerechter Techniknutzung. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die „arbeitsorientierte Technikgestaltung“ tatsächlich weg von reinen Sozialplanlösungen und hin zu wirtschaftlich vernünftigen Umstrukturierungen führte. Solange jedoch immer wieder die starke öffentliche Hand ergriffen werden soll, etwa bei Zuschüssen für ÖPNV-Software oder bei Anwendungen in staatlicher Regie, um neue Wege finanzieren zu können, fehlt die entscheidende Voraussetzung für eine gesetzliche Grundlage.

Als Beitrag der Soziologie zum Thema „Arbeit und Technik“ ist der zitierte Tagungsband ziemlich datenarm und wortreich. Er zeugt jedoch von großen Anstrengungen, Ingenieurleistungen mit sozialwissenschaftlichen Kategorien besser zu bewerten.

Maria Mester-Grüner
Volker Eichener/Manfred Mai (Hrsg.): *Arbeitsorientierte Technikgestaltung, Gesellschaftliche Grundlagen, innovative Modelle, Praxisbeispiele.* Deutscher Universitätsverlag Wiesbaden 1991, 355 S.

SPD-Fraktion

Bundeswirtschaftsminister reißt neue Gräben auf

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann wirft dem Bundeswirtschaftsminister vor, die ohnehin schon schwierigen energiepolitischen Beratungen der nächsten Jahre zusätzlich zu belasten. Möllemanns Bemerkung, es gehe nicht an, daß „im Westen keiner ins Bergfreie fällt, während im Osten die Kumpel zu Tausenden ihre Arbeitsplätze verlieren“, sei sachlich falsch und reiße neue Gräben zwischen Ost und West auf.

Farthmann fordert den Wirtschaftsminister

auf, die Geschichte des deutschen Steinkohlenbergbaus nicht zu verdrängen und so zu tun, als habe es die schwarzen Fahnen an der Ruhr nie gegeben. Es sei die Knochenarbeit der Stahlwerker und Bergleute gewesen, die den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik überhaupt erst möglich gemacht habe. In den letzten 30 Jahren aber hätten dieselben Menschen und deren Familien in ständiger Angst vor ihrem Arbeitsplatz gelebt. „Tun Sie doch nicht so, als hätte es Anpassung mit dem Abbau zigtausender Arbeitsplätze hier im Westen nie gegeben“, kritisierte Farthmann den Wirtschaftsminister. In Nordrhein-Westfalen gebe es heute noch rund 100 000 Bergleute, von 560 000 im Jahr 1957. Die Verunglimpfung der Bergleute in den alten Bundesländern sei offensichtlich ein

Ablenkungsmanöver. Die Bundesregierung wolle davon ablenken, daß sie beim Aufbau der neuen Länder ein Jahr lang geschlafen und nichts in die Wege geleitet habe, was neue Arbeitsplätze schaffe. Um das eigene Versagen zu vertuschen, baue der Bundeswirtschaftsminister ein neues Feindbild auf.

★

Die SPD-Landtagsfraktionen aus dem Saarland und aus Nordrhein-Westfalen haben einen gemeinsamen „Arbeitskreis Kohle“ gegründet. Das sei die Konsequenz aus der Forderung des Bundeswirtschaftsministers, entgegen den Zusagen des Kanzlers die Kohleförderung schon vor 1995 drastisch zu senken, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der nordrhein-westfälischen SPD-Fraktion, Ernst-Otto Stüber.

CDU-Fraktion

Entsorgungschaos droht

Arme Kommunen: Wenn die von der SPD-Landesregierung geplante Novellierung des Landesabfallgesetzes wirklich verabschiedet werden sollte, dann droht den Städten und Gemeinden nach Ansicht der umweltpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Annemarie Schrapf, das Entsorgungschaos. Denn die Landesregierung wolle sich weitgehendst aus der Verantwortung stehlen und alle Gebietskörperschaften verpflichten, für den eigenen Zuständigkeitsbereich die Abfallentsorgung zu planen und durchzuführen. „Was das im einzelnen

bedeutet, muß jeden umweltbewußten Menschen erschrecken: Eine überregionale Planung ist dann faktisch ausgeschlossen.“

Ganz davon zu schweigen, daß eine derartige Lösung nicht nur ökologisch unsinnig sei; „sie ist auch aus ökonomischen Gründen nicht zu vertreten.“ Ein Szenario drohe, in dem jede Kommune ihre eigene Müllverbrennungsanlage besitze – und der Mensch auf der Straße müsse die Kosten für diese Politik tragen, wenn durch solche blauäugigen Maßnahmen die Gebühren noch mehr in die Höhe schnellten, als sie es ohnehin schon fast monatlich mit schöner Regelmäßigkeit tun. Dabei sei die Einbeziehung überregionaler Gesichtspunkte nicht nur beim normalen Hausmüll, sondern im besonderen Maße für die Entsorgung von Sonderabfall und die damit verbundene Konzentration auf einzelne Anlagen von

größter Bedeutung. Ferner wolle Landesminister Matthiesen den Kreis jener, die über Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen informiert werden müssen, auf die „Abfall-Besitzer“ (Entsorgungsfirmen z. B.) ausweiten. „Grundsätzlich sind solche Initiativen zu begrüßen, denn oberstes Ziel muß es sein, möglichst wenig Müll zu produzieren“, so Frau Dr. Schrapf. „Doch für diesen erweiterten ‚Kundenkreis‘ haben die Berater nicht das nötige Know-how, um wirkungsvoll informieren zu können.“ Zugleich stellte sich auch hier die Frage, wer dies bezahlen solle. Solche Beratungen seien unter Umständen äußerst teuer. Soll dafür auch noch der Bürger von der Straße aufkommen? Das dürfe nicht sein.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Konsequenzen aus dem Mord an Rohwedder

Die F.D.P.-Landtagsfraktion fordert Konsequenzen aus dem Mord an Detlev Karsten Rohwedder. Sie hat deshalb vorgeschlagen, eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen für Führungskräfte in Politik und Wirtschaft durch den Landtag von Nordrhein-Westfalen einzusetzen.

Die Ermordung von Detlev Karsten Rohwedder, als Treuhandchef seit vielen Wochen Gegenstand heftiger Anfeindungen, nach allen bisherigen Erkenntnissen auch in

besonderer Weise durch die RAF gefährdet, zwingt zur Überprüfung der bisherigen Personen- und Sicherheitskonzepte.

Die Erfahrungen mit der Einsetzung einer Kommission unter Vorsitz von Hermann Höcherl nach der Ermordung von Hans Martin Schleyer durch Terroristen der RAF legen es nahe, erneut eine Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, etwaige Mängel und Fehler des Personenschutzes für Herrn Dr. Rohwedder aufzuarbeiten und Vorschläge zur Verbesserung zu machen.

Die Kommission soll durch eine unabhängige Persönlichkeit geleitet werden, die das Recht hat, die weitere Zusammensetzung der Kommission vorzugeben. Landes- und Polizeibehörden werden aufgefordert, die Arbeit der Kommission zu unterstützen.

Die Kommission soll Vorschläge zur Verbes-

serung des Personenschutzes im Bereich der personellen Ausstattung der Sicherheitsbehörden ebenso erarbeiten wie in technischer oder einsatztaktischer Hinsicht. Sie soll sich zur Verbesserung der Zusammenarbeit der zuständigen Polizeibehörden ebenso äußern wie zu einer möglichen Straffung der Entscheidungswege, um die Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden zu verbessern und Informationsverlusten vorzubeugen. Sie soll auch die bisherigen Einsatzkonzepte im Hinblick auf schnellere und sensiblere Reaktionen auf erkennbare Gefährdungssituationen überprüfen. Mit diesem Vorschlag will die F.D.P.-Landtagsfraktion die Diskussion über die Sicherheitskonzepte veranschlichen, aber auch vorschnellen Vorverurteilungen oder Persilscheinen begehen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Rohwedder-Mord: Mit RAF-Umfeld den Dialog suchen

Zum Mord an Detlev Karsten Rohwedder erklärt der innenpolitische Sprecher der Grünen, Roland Appel:

„Leider ist der Glaube immer noch nicht ausgestorben, daß mit Gewalt politische Ziele erreicht werden können. Das hat der Mord an Detlev Karsten Rohwedder erneut dokumentiert.

Es ist bedauerlich, daß es den Strafverfolgungsbehörden bisher nicht gelungen ist, dieses Verbrechen aufzuklären. Mit man gelnden gesetzlichen Befugnissen dieser

Behörden hat das allerdings wenig zu tun. Durch weitere Einschränkungen von BürgerInnenrechten wie von der CDU in unschöner Regelmäßigkeit verlangt, ist Terrorismus nicht zu bekämpfen.

Die Verschärfung von Haftbedingungen der wegen terroristischer Anschläge Verurteilten würde im Gegenteil den Kreislauf der Gewalt weiter anheizen. Solcher gesetzgeberischer oder administrativer Aktionismus kann Mißerfolge der Fahndung nicht beseitigen, nimmt aber wissentlich in Kauf, den Boden für immer neue ideologische Rechtfertigungen von Gewalttaten zu bereiten. Bei manchen besonders umtriebigen Politikern werden wir den Verdacht nicht los, als wenn das Bestandteil ihres Kalküls ist. TerroristInnen, die aus diesem Staat „Faschismus“ herauskitzeln wollen und Politiker, denen Grund- und BürgerInnenrechte immer schon

zuviel genutzt wurden, haben sich schon lange wirkungsvoll verstärkt.

Die Grünen haben sich bereits 1987 an deeskalierenden Maßnahmen und Dialogversuchen prominenter BürgerInnen, wie Heinrich Albertz, Antje Vollmer u.a. mit RAF-Mitgliedern beteiligt. Bedingung für Dialog ist die Möglichkeit der Kommunikation untereinander. Eine Dialogfähigkeit mit der Gesellschaft ist im Rahmen einer streng abgeschirmten Einzelhaft nicht möglich und daher von vorneherein aussichtslos.

Die Grünen fordern Justizminister Krumsiek auf, sich mit den anderen Bundesländern nach Kräften zu bemühen, solche Dialoginitiativen zu unterstützen und die Haftbedingungen so zu gestalten, daß die Dialogfähigkeit der Häftlinge untereinander gewährleistet ist. Denn nur so können Bewußtseinsveränderungsprozesse stattfinden.“

Bitte um Spenden für notleidende Kurden

Der Grünen-Abgeordnete Siegfried Martsch begleitet ab 1. Mai 1991 einen Konvoi des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) mit Hilfsgütern für notleidende Kurden ins türkische Grenzgebiet zum Irak. Martsch wird dabei selbst einen Lastzug steuern. Für dieses Hilfsunternehmen bittet der Abgeordnete über die Fraktionsgrenzen hinweg um Spenden, die auf folgende Konten eingezahlt werden können: Bank für Sozialwirtschaft Köln, Kontonummer 72734, BLZ. 37020500 sowie Stadtparkasse Witten, Kontonummer 42820, BLZ. 45250035. Stichwort: Hilfe für Kurden.

Viele Museumsleiterinnen...

Fortsetzung von Seite 12

Speth, versucht werden, über die Möglichkeit der Aushilfstätigkeit den Kontakt zur Schule halten zu können. Problematischer sehe sie die Situation der Lehrerinnen, die vor längerer Zeit ganz aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, aber nach Jahren ihren Dienst aus persönlichen Gründen wieder aufnehmen müßten. In diesem Zusammenhang wies der Minister auf Überlegungen hin, ähnlich wie in einigen europäischen Ländern, eine „stille Reserve“ zu schaffen, die einerseits bei personellen Engpässen herangezogen werden könne.

★

Hochschulrecht

Der Landtag hat in zweiter Lesung das Zweite Änderungsgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen nach der Beschlußempfehlung des Wissenschaftsausschusses verabschiedet (Drs. 11/923 und 1122).

★

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 25. April, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
 Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*
 Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
 ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Maria Theresia Opladen (CDU)

Natürlich war Maria Theresia Opladen von der CDU am Wahltag, 13. Mai 1990, in aller Munde. Sie hatte der SPD den Wahlkreis Bergisch-Gladbach abgenommen, gar den sich haushoch überlegen dünkenden damaligen Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen geschlagen. Frau Opladen bekam zwar nur 209 Stimmen mehr als Jochimsen, aber die Sensation war perfekt im Rheinisch-Bergischen. „Ich bin eben — anders als der Wirtschaftsminister es war — in Bergisch-Gladbach verwurzelt, bin dort bekannt, zur Schule gegangen, war ortskundig und wußte stets, worüber ich mit den Leuten redete.“ So versteht die Rechtsanwältin, die in einer Kölner Kanzlei bislang vier Stunden vormittags arbeitete („Meinen Beruf werde ich wohl jetzt weitgehend drangeben“), politische Arbeit: Engagement vor Ort, Sorgen und Nöte der Bürger unmittelbar erfahren und dann möglichst schnell helfen.

Sie habe gar nicht unbedingt in die Landespolitik gewollt, sagt die junge Mutter (Jahrgang 1948) von drei Kindern zwischen 16 und elf Jahren. Die CDU, der sie seit 1969 angehört und für die sie seit 1983 im Rheinisch-Bergischen Kreistag wirkt, sei an sie herangetreten. Natürlich habe sie ihren Mann, einen Studiendirektor für Mathematik und katholische Religion, um Rat gefragt. Der habe gemeint, sie müsse die „einmalige Chance“ wahrnehmen.

Frau Opladen, die sehr selbstbewußt wirkende Tochter des früheren Bundesinnenministers Paul Lücke (CDU), bekennt sich zur Frauenpolitik. Frauen hätten es in Politik und Beruf immer noch schwer, würden kritisch beäugt nach dem Motto: Kann die das, was hat die für Beine? Sie ist überzeugt, daß Frauenpolitik solange nötig ist, solange die Repräsentanz von Frauen in Politik und Gesellschaft noch nicht selbstverständlich ist. Sie könne sich wenig beklagen, habe als Tochter aus einer bekannten Politiker-Familie, als Anwältin vergleichsweise gute Startmöglichkeiten als Frau gehabt.

Fast mehr noch als die Frauenpolitik interessiert sich die neue CDU-Abgeordnete für den Umweltschutz — nach ihrer Ansicht ein geradezu klassisches Thema für eine im besten Sinne konservative Partei wie die Union. Es dürfe nicht sein, daß sich die CDU im Zweifel für Wirtschaftsinteressen entscheide. Die Vorstöße von

Bundesumweltminister Töpfer (CDU), etwa zum Pfand auf Plastikverpackungen, unterstützt sie lebhaft. Müllvermeidung, nicht hingegen Müllverbrennung, sei das Ziel. Wenn die Wohstandsgesellschaft so weitermache wie bisher, sitze sie in 100 Jahren auf einer riesigen Müllgrube. Dem Umweltausschuß des Landtages gehört Frau Opladen nur als Stellvertretendes Mitglied an. Sie findet sich damit ab, meint gar, das helfe ihr, politisch nicht einseitig zu werden. Dafür möchte sie sich zum Beispiel im Innenausschuß künftig auch um hochaktuelle Themen wie Innere Sicherheit, Asylanten, Aussiedler kümmern.

Im Gespräch mit ihr meint man eine gewissen Enttäuschung darüber zu spüren, daß sie in der CDU-Fraktion — anders als andere weibliche Abgeordnete — noch kein Sprecheramt erhalten hat. Sie widerspricht aber energisch beim Stichwort „Enttäuschung“. Sie wolle erst einmal schauen, was werde. Sie halte nichts von Politikern, die kommen, sehen und siegen. Dann folgt der Satz: „Wenn ich gewollt hätte, wäre ich was geworden.“ Auf jeden Fall will sie in fünf Jahren den Wahlkreis Bergisch-Gladbach verteidigen. Sie will beweisen, daß sie „nicht umsonst einen Vorsprung gegenüber einem amtierenden Minister“ erreicht hat.

Zu Hause möchte sie trotz aller zusätzlichen Arbeit ihr Klavierspiel wieder verbessern; früher habe sie sehr gut gespielt, nun nehme sie noch einmal Unterricht. Zur weiteren Entspannung zählen Kriminalromane, bevorzugt die von Patricia Highsmith. Den großen Öko-Garten daheim pflegt und hegt der Ehemann, während die Dame des Hauses die ganze Familie aus eigenem Anbau „bekocht“.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 26. bis 30. April 1991

26. 4. **Friedel Meyer** (F.D.P.), 62 J.

26. 4. **Alfons Löseke** (CDU), 59 J.

30. 4. **Wilhelm Krömer** (CDU), 52 J.

★

Professor Dr. Friedhelm Farthmann bleibt der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion als Vorsitzender erhalten. Er wird nicht zu den Zeiss-Werken nach Jena wechseln. Ausschlaggebend für die Entscheidung Farthmanns war, nach Angaben der Fraktionspressestelle, daß Thüringens Ministerpräsident Josef Duchac (CDU) eine wesentliche Bedingung des Sozialdemokraten nicht erfüllen konnte. Bei einem Treffen mit Duchac in Erfurt hatte Farthmann gefordert, er könne nur dann die schwierige Aufgabe bei den Zeiss-Werken in Jena übernehmen, wenn die politische Mehrheit in Thüringen loyal hinter ihm stehe. Das konnte Ministerpräsident Duchac nicht garantieren. Daraufhin erklärte Friedhelm Farthmann die Angelegenheit als für sich erledigt.

★

Werner Figgen (SPD), ehemaliger nordrhein-westfälischer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Exabgeordneter des Landtags, ist im Alter von 69 Jahren nach langer, schwerer Krankheit in Hamm gestorben. Der in Neheim-Hüsten geborene Figgen, seit 1946 Mitglied der SPD, hatte zwischen 1966 und 1975 der Landesregierung unter Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) angehört. Zuvor hatte er lange Jahre als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt Hamm geleitet, ein Amt, das er von 1979 bis 1984 noch einmal einnahm. Von 1961 bis 1966 gehörte Werner Figgen ferner dem Deutschen Bundestag an. Der gelernte Dreher, und in der schlechten Zeit nach dem Krieg als Verzinker tätige spätere SPD-Jugendsekretär und Geschäftsführer im Unterbezirk Hamm war ab Mitte der 60er Jahre als Vorsitzender des SPD-Bezirks westliches Westfalen und stellvertretender Landesvorsitzender einer der einflußreichsten Männer innerhalb der NRW-SPD. 1973 übernahm er als Nachfolger von Kühn auch den Landesvorsitz. 1975 schied Werner Figgen aus gesundheitlichen Gründen aus dem Landeskabinett aus. Bis 1974 war er Herausgeber der Westfälischen Rundschau.

★

Anne-Hanne Siepenkothen (CDU), Landtagsabgeordnete, ist von den Delegierten des Westdeutschen Verbandes der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung/Frauen (KAB/F) einstimmig wieder zur Vorsitzenden gewählt worden. Sie vertritt damit weiterhin die KAB/F im Verbandsvorstand der KAB Westdeutschland.

★

Norbert Middeke, politischer Redakteur beim Handelsblatt und Mitglied der Landespressekonferenz, ist im Alter von 48 Jahren einer schweren Krankheit erlegen. Middeke, der bei der Rheinischen Post in Düsseldorf begonnen und 1978 zum Handelsblatt gekommen war, hatte sich durch seine doppelte Begabung als Journalist und Karikaturist einen Namen gemacht. Sein besonderes Interesse galt der nordrhein-westfälischen Landespolitik sowie der Medienpolitik.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

Als ein Zeitmeßgerät, das als Zeitmaß periodisch wiederkehrende Vorgänge benutzt, wird die Uhr im Lexikon beschrieben. Das Wort periodisch ist dabei von Wichtigkeit. So zeichnet sich zum Beispiel die Sonnenuhr durch das periodische Wandern des Sonnenschattens eines Stabes aus. Bei der Sanduhr erfolgt die periodische Entleerung eines Sandbehälters. Die Lebenszeit des Menschen wird damit dem periodischen Prinzip unterworfen. Thomas Mann hat diese Gesetzmäßigkeit in seinem großen Roman „Der Zauberberg“ eindringlich geschildert. Die Uhr zeigt an, welche Stunde, Minute, Sekunde uns geschlagen hat. Sie kann aber auch mit ihren Zeigern den Lebensaugenblick fixieren. „Um zehn Uhr an der Normaluhr, an dem und dem Tag...“ Das Glück kann da beginnen oder auch eine ehemals große Liebe zu Ende gehen. Diese schöne alte Uhr auf unserem Bild ist ein solcher Treffpunkt: für Generationen schon, auf der Königsallee in Düsseldorf. Foto: Rachen